

*Patrick Oehler / Nicola Thomas / Timo Huber*

## Nachhaltige Entwicklung bedeutet (mehr) Demokratie und Dialog

Erkenntnisse aus einem empirischen Forschungsprojekt zu urbanen  
Familiengartengemeinschaften in der Schweiz

**Zusammenfassung:** Der Artikel thematisiert am Beispiel von Familiengartengemeinschaften die Notwendigkeit, in der soziologischen Nachhaltigkeitsforschung und ebenso in der lokalen Politik für eine Nachhaltige Entwicklung, den Fokus nicht nur auf progressive Vorreitergruppen, also die Pioniere der Nachhaltigkeit (wie zum Beispiel die vielzitierten Gemeinschaftsgärten-Gruppen) zu legen, die selber auch auf das Nachhaltigkeits-Vokabular Bezug nehmen, sondern ebenso traditionelle Gruppen (wie die traditionellen Familiengärten-Gruppen), die mit diesen Diskursen weniger vertraut sind, als Akteure und Akteurinnen einer nachhaltigen Praxis zu verstehen und diese stärker mit ihren Ressourcen in die Transformationsbewegung miteinzubeziehen. Dies setzt eine offene, verständigungsorientierte und explorative Herangehensweise voraus, kurz: die Bereitschaft zum Dialog. Denn, so die zentrale These dieses Artikels, Nachhaltige Entwicklung lässt sich nur demokratisch gestalten, d.h. in einem Dialog zwischen verschiedenen Akteurinnen und Akteuren, als eine große Experimentiergesellschaft, die Altes und Neues kreativ miteinander verbindet.

**Abstract:** This article draws upon the example of allotment garden communities to discuss the need for sociological research on sustainability as well as local sustainable policies to focus their efforts not only on progressive pioneer groups (such as the much-praised new community gardens) who connect themselves to the sustainability discourse, but also to traditional groups such as allotment garden communities. Traditional allotment garden groups are less familiar with sustainability discourses, yet nonetheless they can be understood as being actors of sustainable practices and resources, that need to be included into the sustainability movement. This requires an open, explorative and communicative approach, put shortly: the willingness to engage in a dialogue. For, the central argument of this article is that sustainable development can only be achieved within a democratic process, which requires a dialogue between different actors and a more experimental society that aims to combine the old and new in a creative way.

## **Autoren:**

**Dr. Patrick Oehler**, Sozialpädagoge und Soziologe, arbeitet als Dozent und Projektleiter am Institut Sozialplanung, Organisationaler Wandel und Stadtentwicklung an der Hochschule für Soziale Arbeit, Fachhochschule Nordwestschweiz in Basel. Seine Schwerpunkte in Forschung und Lehre sind: Gemeinwesen- und raumbezogene Ansätze Sozialer Arbeit, soziale Stadtentwicklung sowie Demokratie und Soziale Arbeit. Er ist Mitherausgeber mehrerer Tagungsbände zum Thema Soziale Arbeit und Stadtentwicklung.

[patrick.oehler@fhnw.ch](mailto:patrick.oehler@fhnw.ch)

**Nicola Thomas M.A.**, Soziologin und Urbanistin, ist SNF-Stipendiatin und promoviert an der Hafencity Universität Hamburg zu Zeitdimensionen in den Transformationsprozessen von Schrebergärten in europäischen Städten. Ihre Schwerpunkte in Forschung und Lehre sind ethnografische Stadt- und Architekturforschung, green urbanism und urbane soziale Bewegungen.

[nicola.thomas@hcu-hamburg.de](mailto:nicola.thomas@hcu-hamburg.de)

**Timo Huber B.Sc.**, Soziale Arbeit, arbeitet als Wissenschaftlicher Assistent am Institut Sozialplanung, Organisationaler Wandel und Stadtentwicklung an der Hochschule für Soziale Arbeit, Fachhochschule Nordwestschweiz und absolviert an den Hochschulen Fulda und RheinMain (Wiesbaden) den Masterstudiengang „Soziale Arbeit mit Schwerpunkt Sozialraumentwicklung und -organisation“. Schwerpunkte in der Forschung: Partizipation mit Fokus Kinder und Jugendliche im Kontext Stadtentwicklung, raumbezogene Ansätze Sozialer Arbeit.

[timo.huber@fhnw.ch](mailto:timo.huber@fhnw.ch)

Soziologie und Nachhaltigkeit  
Beiträge zur sozial-ökologischen Transformationsforschung

Ausgabe 1/2018, 4. Jahrgang

ISSN 2364-1282



Creative Commons-Lizenz

**Herausgeber:** Benjamin Görgen, Matthias Grundmann, Dieter Hoffmeister, Björn Wendt

**Redaktion:** Niklas Haarbush

**Layout/ Satz:** Frank Osterloh

**Anschrift:** WWU Münster, Institut für Soziologie  
Scharnhorststraße 121, 48151 Münster  
Telefon: (0251) 83-25303  
E-Mail: [sun.redaktion@wwu.de](mailto:sun.redaktion@wwu.de)  
Website: [www.ifs.wwu.de/sun](http://www.ifs.wwu.de/sun)



## Einleitung

Das Problem der Diskrepanz zwischen dem Postulat einer Nachhaltigen Entwicklung und einer in diesem Sinne unzulänglichen sozialen Praxis, kann an einer Vielzahl von Praxisbeispielen aus unterschiedlichen Bereichen illustriert und aus ganz differenten Perspektiven diskutiert werden. Leitend ist dabei oft die Vorstellung, dass es eine „richtige“ Theorie respektive „richtige“ Prinzipien und, von diesen abweichend, eine „falsche“ gesellschaftliche Praxis gibt. Diese „falsche“ Praxis wird dann kritisiert und die Frage aufgeworfen, wie die „richtige“ Praxis besser durchgesetzt bzw. auf der Handlungsebene, bei Akteurinnen und Akteuren handlungsleitend verankert werden kann – im Sinne einer Erziehung und Bildung zur Nachhaltigkeit. Freilich ist aber auch vorstellbar, das Problem der Diskrepanz im Sinne eines *pragmatic turn* (Bernstein 2010) von der anderen Seite her aufzurollen und eine bereits bestehende lebensweltlich verankerte Praxis von Nachhaltigkeit zum Ausgangspunkt für eine nachhaltige Entwicklung zu nehmen. Dies würde bedeuten zu erkennen, dass es immer schon ortsbezogene und gemeinschaftliche Traditionen einer – zumindest weitgehend – nachhaltigen Praxis gibt, die jedoch (noch) nicht als solche gedeutet und anerkannt werden. Diese Nicht-Anerkennung ergibt sich daraus, dass die „richtige“ nachhaltige Praxis überwiegend in der Zukunft gesucht und verortet wird (bzw. diese aus einem theoretischen Modell zur Nachhaltigkeit abgeleitet werden soll), statt vermehrt auch auf das in der Vergangenheit und Gegenwart angelegte Handlungswissen zurückzugreifen und vom Praktischen auszugehen. Mit einem (theoretischen) Ansatz der von einem „Primat der Praxis“ (Pape 2008: 157) ausgeht, wie dies beispielsweise in der Theorietradition des Pragmatismus der Fall ist, kann für die weitere Nachhaltige Entwicklung in Theoriebildung und Praxis vermehrt an lebensweltnahen Bezügen angeknüpft werden. Nachhaltige Entwicklung wird so zu einem Konti-

nuum von alt und neu, bei dem das Thema Nachhaltigkeit jedoch zunehmend ein bewusstes und normativ wichtiges Moment darstellt. Das „Richtige“ würde dann weniger aus einer theoretischen Abstraktion abgeleitet werden, sondern dadurch, dass „Altes“ und „Neues“, aber ebenso auch Praxis und Theorie, experimentell in ein wechselseitiges, konstruktives und fruchtbares Verhältnis zueinander gebracht werden, und daraus reflektierte und zugleich praxisnahe, den aktuellen Problemstellungen angemessene, erneuerte und Handlungsperspektiven eröffnende Sichtweisen generiert werden könnten (Dewey 1995). Gerade wenn davon ausgegangen, dass Nachhaltigkeit immer auch mit der (Re-)Konstruktion von (Be-)Deutungen zu tun hat (Grunwald 2016), scheint es ratsam, auch im Hinblick auf eine Nachhaltige Entwicklung und eine nachhaltige soziale Praxis den *pragmatic turn* vermehrt als Herangehensweise und Perspektive zu rezipieren. Unter diesem Gesichtspunkt kann am Beispiel von traditionellen Familiengartengemeinschaften (synonym zu Schrebergartengemeinschaften, Kleingartengemeinschaften und Freizeitgartengemeinschaften) und Stadtentwicklungspolitik aufgezeigt werden, wie über einen Dialog Theorie, politischer Anspruch und soziale Praxis mit Blick auf eine Nachhaltige Entwicklung besser miteinander ins Gespräch gebracht werden können. Denn, und das ist die Pointe dieses Beitrages, die Diskrepanz zwischen der auf Nachhaltige Entwicklung rekurrierenden Stadtpolitik und der Praxis von Familiengartengemeinschaften besteht nicht so sehr in einer Kluft zwischen dem, was auf Ebene Stadtentwicklung als Nachhaltige Entwicklung als Anspruch formuliert wird und der bestehenden Praxis der traditionellen Familiengartengemeinschaften, als vielmehr in einer bisher zu wenig profunden Wahrnehmung der gewohnheitsmäßigen nachhaltigen Praxis der Familiengartengemeinschaften durch die Stadtpolitik. Traditionelle Familiengartengemeinschaften sind, wie richtig bemerkt wird,

Produktionsorte einer nachhaltigen Ernährung (lokal und biologisch/naturnah), darüber hinaus lassen sich aber auch noch weitere nachhaltige Qualitäten in dieser Sozialform entdecken, die bisher zu wenig beachtet werden. Eine Folge dieses nicht Erkennens dieser Qualitäten ist, dass verschiedene Akteurinnen und Akteure – durchaus auch motiviert durch das Leitbild einer Nachhaltigen Entwicklung – Familiengartenareale und -gemeinschaften von außen und Top-down transformieren wollen. Somit, und das gilt es zu problematisieren, wird ein Transformationsdruck erzeugt, bevor die aktuelle Praxis der Familiengartengemeinschaften überhaupt unter dem Blickwinkel von Nachhaltigkeit umfassend betrachtet bzw. die nachhaltige Qualität dieser Praxis detailliert und in ihrer Mehrdimensionalität (ökologisch, ökonomisch, sozial und kulturell) reflektiert wird. Selbstverständlich können sich auch Familiengartengemeinschaften noch mehr in ihrer Qualität zur Nachhaltigen Entwicklung verbessern. Doch sollte das Nachdenken darüber, in welchen Bereichen und auf welche Art und Weise dies erfolgen könnte, gemeinsam *mit* den Familiengartengemeinschaften zusammen passieren. Nur so sind anvisierte übergeordnete stadtbezogene Entwicklungsziele auch anschlussfähig an die Eigenlogik der Familiengartengemeinschaften und nur dann werden diese von diesen auch überzeugt mitgetragen – weil sie für sie bedeutend geworden sind. Findet ein solcher Austausch mit betroffenen Akteurinnen und Akteuren nicht statt, kommt es vor, dass eine auf Nachhaltige Entwicklung abzielende Stadtregierung und -verwaltung gegenüber den Familiengartenvereinen zum Teil höchst widersprüchliche Signale sendet: So werden zum Beispiel auf Websites des Kantons Basel-Stadt die Freizeit- und Familiengartenareale (unter den Stichworten „nachhaltige Ernährung“ und „urbane Agrikultur“) einerseits ganz explizit als Beispiele einer Nachhaltigen Entwicklung aufgeführt und zum „Nachhaltigkeits-Inventar“ Basels

dazugezählt (<http://www.entwicklung.bs.ch/grundlagen/nachhaltigkeit/ernaehrung.html>). Dieser würdigen Erwähnung gegenüber steht jedoch andererseits die stadtpolitische Stoßrichtung, Familiengartenareale teilweise zugunsten von neuem städtischen Wohnraum ersatzlos aufzuheben (Umwandlung von Grünflächen in Wohnflächen) oder diese zumindest „aufwerten“ zu wollen, d.h. diese räumlich und funktional neu zu strukturieren. Insgesamt geht es strategisch dabei darum, die Familiengartenareale als Grünräume für neue und andere Nutzungsformen und eine breitere Öffentlichkeit zu öffnen (zum Beispiel durch neue öffentliche Wege und Parks oder Spielplätzen in den Gartenarealen oder die Auflösung von einzelnen Gartenparzellen zugunsten größerer Flächen, die kollektiv genutzt werden können). Im Grundlagenpapier „Was ist eigentlich urbane Agrikultur?“ heißt es dazu: „Im Rahmen der aktuellen Entwicklungen laufen derzeit Überlegungen, wie öffentliche Wege durch die heute abgeschlossenen Freizeitgartenareale geführt und die Areale aufgewertet werden können und ob und wie sich neue Nutzungsformen in die Gartenareale integrieren lassen.“ (Präsidialdepartement Basel-Stadt 2016: 4). Im Gegensatz zu einem autoritativen Regierungs- und Verwaltungshandeln wird in diesem Artikel dafür argumentiert, Nachhaltige Entwicklung als einen demokratischen, dialogischen Prozess zwischen verschiedenen Akteurinnen und Akteuren zu verstehen und zu gestalten. Eine mehr dialogische Herangehensweise würde es den mit dem Nachhaltigkeits-Diskurs vertrauten Akteurinnen und Akteuren (z.B. aus der Stadtentwicklung) ermöglichen, die bereits bestehende und mittlerweile alltäglich und selbstverständlich gewordene nachhaltige Kultur von anderen Akteurinnen und Akteuren (hier der Familiengartengemeinschaften) besser kennenzulernen und die vorhandenen und noch brachliegenden Potentiale für eine Nachhaltige Entwicklung genauer zu lokalisieren. Auf der anderen Seite würde ein Dialog

die (noch) nicht mit dem Nachhaltigkeits-Diskurs vertrauten Akteurinnen und Akteure gleichzeitig für das Thema Nachhaltige Entwicklung sensibilisieren. Sie können vom Wissen der Expertinnen und Experten profitieren und im Sinne eines informellen Bildungsprozesses zu neuen Sichtweisen auf ihre Tätigkeiten und ihre Umwelt kommen. Ein dialogischer Prozess kann wechselseitig zu neuen Erkenntnissen führen und den Boden ebnen für eine gemeinsame, in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen abgestützte und lebensweltnahe Grundlage für einen effektiveren Weg zu einer Nachhaltigen Entwicklung. Ein funktionierender Dialog ist ein demokratischer Dialog, der auf gegenseitiger Verständigung basiert, Dissens zulässt und erträgt, aber schlussendlich immer wieder den Konsens sucht und ergo ergebnisoffen ist.

Die hier vertretene Position, dass Nachhaltige Entwicklung Demokratie und Dialog braucht, wurde aus der empirischen Forschung zu Familiengärten entwickelt. Um diesen Entstehungszusammenhang nachzuzeichnen und die These selber zu begründen, ist der Artikel in fünf Teile gegliedert. Im ersten Teil wird mit ein paar Hinweisen aufgezeigt, dass das Thema Nachhaltigkeit Eingang in die städtische Politik und den wissenschaftlichen Diskurs zur Stadtentwicklung gefunden hat und dort, zum Teil kontrovers, diskutiert wird. Im zweiten Teil wird kurz darauf eingegangen, was im Allgemeinen aus theoretischer Sicht unter Nachhaltiger Entwicklung verstanden wird und welche allgemeinen Ziele bzw. Prinzipien daraus als Maßstab für eine nachhaltige soziale Praxis abgeleitet werden können. Der dritte Teil umreißt das empirische Forschungsprojekt zu Familiengartengemeinschaften, auf dessen Basis die hier vorgelegten Überlegungen angeregt wurden und nennt einige Aspekte zur Nachhaltigkeit von Familiengartengemeinschaften. Im vierten Teil wird erläutert, weshalb das Konzept Nachhaltige Entwicklung nur demokratisch und dialogisch mit einer breite Kreise der Gesellschaft erfassenden

Wirkung umsetzbar ist. Der fünfte und letzte Teil besteht aus einem kurzen Resümee.

## 1. Nachhaltigkeit als Leitbild und Anspruch von Stadtentwicklung

Das Thema einer Nachhaltigen Entwicklung avanciert seit einigen Jahren im Bereich der Quartiers- und Stadtentwicklung zu einem zentralen Anspruch und Leitbild. Ausdruck davon ist, dass Nachhaltige Entwicklung in vielen Kantonen der Schweiz den Status eines gesetzlich formulierten Auftrags bekommen hat, der in den kantonalen Gesetzestexten verankert ist (Kocher 2016). Dieser Bedeutungsgewinn widerspiegelt sich auch im Standardwerk zur Einführung in die schweizerische Raumplanung, wo für die schweizerische Raumplanung die Zielsetzung formuliert wird, die vielen, unterschiedlichen räumlichen Bedürfnisse aufeinander abzustimmen, und dadurch „für eine nachhaltige, das heißt ökonomisch, ökologisch und sozial ausgewogene Entwicklung des Raumes Schweiz zu sorgen“ (Bühlmann et al. 2013: 15). Für eine nachhaltige Stadtentwicklung impliziert diese Zielsetzung, ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichen Entwicklungen und ökologischen und sozialen Verhältnissen herzustellen. Wie diese Leitidee realisiert werden kann und wie ein solches ausgewogenes Gleichgewicht konkret aussehen könnte, darauf wird allerdings nicht vertiefter eingegangen – weshalb die praktische Umsetzung dieses Leitbilds letztlich jeweils in den einzelnen Städten definiert und weiter operationalisiert werden muss. Diese Problematik der Übersetzung im Bereich Quartiers- und Stadtentwicklung wird auch von der Wissenschaft im Rahmen der Quartiersforschung kritisiert. So fragen etwa Drilling/Schnur (2012) kritisch nach, welche Ideen und Wertsetzungen dem Konzept einer nachhaltigen Stadt überhaupt zugrunde liegen respektive auf welchen theoretischen Grundlagen dieses begründet ist

und monieren in diesem Zusammenhang, dass sogenannte nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklungen derzeit noch oftmals unsystematisch, kaum koordiniert und wenig theoriegeleitet seien. Noch einen Schritt weiter geht Schubert in seiner Kritik, der hinter dem Label von „nachhaltigen“ Quartiersentwicklungen gar vorwiegend profitorientierte Interessen und Programmatiken vermutet und deshalb in Bezug zu nachhaltiger Quartiersentwicklung auch von einer „Öko-Gen-trifizierung“ (Schubert 2012: 81) spricht. Das Problem einer mangelnden theoretisch-konzeptionellen Fundierung und einer fehlenden klaren Strategie bzw. klaren Vorgaben zur Umsetzung des Leitbilds einer Nachhaltigen Entwicklung auf städtischer Ebene wird auch auf Websites und Positionspapieren größerer Schweizer Städte zu Leitbildern von nachhaltiger Stadtentwicklung erkennbar. So wird etwa in den beiden Städten Basel und Bern oftmals auf einzelne Bereiche, Maßnahmen und Projekte hingewiesen, während ein umfassendes Strategiepapier oder Konzept auf Stadt- und Quartiersebene bisher fehlt. Als Beispiele für Nachhaltigkeit wird u.a. auf nachhaltige Ernährung in Schulen, die Verfügbarkeit von ökologischen Nahrungsmitteln auf Stadt- und Quartiermärkten und diverse Formen von urbaner Agrikultur wie Gemeinschaftsgärten, die Bepflanzung von Balkonen und Hausfassaden sowie die Familiengartenareale hingewiesen. Letztere müssen übrigens in Basel aufgrund eines Großratsbeschlusses bereits seit 1994 naturnah und biologisch bewirtschaftet werden. Diese Auflistung als Beispiel für Nachhaltige Entwicklung schützt die Familiengärten allerdings nicht davor, dass die städtischen Regierungen und Verwaltungen, in den sogenannten Gemeinschaftsgärten oftmals einen zeitgemäßer Typus urbanen Gärtnerns sehen als in den traditionellen Familiengärten, und auf dieser Überzeugung aufbauend den Anspruch erheben, Familiengartenareale neuzugestalten und „aufwerten“ zu wollen – obwohl dies von den Familiengarten-

gemeinschaften selber gar nicht gewünscht bzw. mehrheitlich abgelehnt wird.

Unter diesem Gesichtspunkt lässt sich am Beispiel der klassischen Familien- und Kleingärten illustrieren, wie diskrepanzvoll Akteurinnen und Akteure aus Regierung und Verwaltung teilweise mit anderen städtischen Akteuren und Akteurinnen umgehen. Denn einerseits wird dieser Gartentypus als ein gutes Beispiel für städtische Nachhaltigkeit hervorgehoben, andererseits werden gleichzeitig im Hintergrund neue Ideen, Konzepte und Pläne entwickelt, um die Familiengartenareale aufzuwerten, für neue Nutzungsformen und Zwecke zu öffnen, oder sogar zugunsten von neuen Grün- und Wohnräumen ganz aufzuheben.<sup>1</sup>

Außer Acht gelassen wird dabei, von Regierung und Verwaltung, dass Familiengartengemeinschaften nicht nur unter dem Aspekt von nachhaltiger Nahrungsproduktion im Nachhaltigkeitsdiskurs gewürdigt respektive darauf reduziert werden sollten, sondern auch noch aus anderen Gründen anschlussfähig an das Thema Nachhaltigkeit sind, wie hier weiter hinten im Kapitel 3 aufgezeigt wird. In dem Sinne können traditionelle Familiengartengemeinschaften nämlich als ein vorbildliches Modell für ein städtisches Arrangement für eine selbstbestimmte und beständige Nachhaltige Entwicklung interpretiert werden. Familiengartengemeinschaften beruhen auf dem Prinzip der lokalen Selbstverwaltung. Ihre nachhaltige Praxis ist im Alltag verankert und stabil, sie wird auch bei wechselnden Personen über Generationen als Tradition fortgesetzt.

Bevor nun näher auf die Kultur und Praxis von Familiengärten eingegangen wird, ist es notwendig darauf einzugehen, von welchem Nachhaltigkeitsverständnis in diesem Artikel ausgegangen wird und was sich daraus für Orientierungspunkte für

1 Zur politischen Auseinandersetzung um „Raumwerte“ und Grünraum im Kontext heutiger „unternehmerischer“ Städte siehe auch Thomas/Oehler/Frei 2014 und Thomas 2016.

eine Nachhaltige Entwicklung für die weitere Diskussion und Argumentation ableiten lassen.

## 2. Nachhaltigkeit als (selbst-)kritische Perspektive und Handlungsorientierung

Unter Nachhaltigkeit kann in einem allgemeinen Sinn erst einmal ein (ressourcenökonomisches) Prinzip verstanden werden, das gewährleistet, dass ein System seine Funktionsweise, d.h. sein Überleben, dauerhaft aufrechtzuerhalten vermag (Pufé 2014: 17). Aus anthropozentrischer Perspektive ist das System zunächst *die* Menschheit. Da die Menschheit jedoch, um (über)leben zu können, auf die Umwelt oder Natur, mit ihren natürlichen Ressourcen und Prozessen, angewiesen – und mit denen sie über vielschichtige Austauschprozesse verbunden, ja von diesen alternativlos abhängig – ist, muss die Systemgrenze zwangsweigerlich mindestens auf das Ökosystem Erde erweitert werden. Die Menschheit ist eingebunden in das Ökosystem Erde. Seine Relevanz und Brisanz erhält das Prinzip der Nachhaltigkeit nun vor dem Hintergrund von zwei sowohl für die Menschheit als auch für das Ökosystem Erde bedrohlichen Entwicklungen, die seit Jahrzehnten im Gange sind und welche den Fortbestand der Menschheit im „Zeitalter der Knappheit“ (Wallimann/Dobkowski 2006) zunehmend gefährden<sup>2</sup>. Die erste Entwicklung ist das markant steigende *Bevölkerungswachstum*, welches zu einer zunehmenden Nachfrage nach natürlichen Ressourcen und „Dienstleistungen“ des Ökosystems führt. Die zweite Entwicklung ist eine *Erschöpfung*

*der natürlichen Ressourcen*, welches zu einer Verknappung des Angebots an natürlichen Ressourcen und Dienstleistungen des Ökosystems führt (Pufé 2014: 17). Beide „Entwicklungen“ treiben sich gegenseitig an und das Szenario vom Ende (eines Großteils) der Menschheit – oder zumindest des gewohnten (post)modernen Lebens wie wir es kennen – ist, mit Hilfe moderner Technologien und Medien, imaginabel geworden.<sup>3</sup> Wenn die Analysen stimmen – und davon ist auszugehen – steht die Menschheit in einer kritischen Situation, die ein Umdenken und eine Verhaltensveränderung in Richtung „Nachhaltigkeit“ zunehmend notwendiger macht. Wallimann/Dobkowski sprechen hier von einer „historisch einmaligen Konstellation“, die sie wie folgt skizzieren: „Die drohenden Engpässe konzentrieren sich auf Bevölkerungswachstum, verfügbares Agrarland, Energie- und Umweltengpässe. Entscheidend ist, dass wir uns nie zuvor in einer Situation befunden haben, in der alle vier Faktoren so eng miteinander verknüpft waren. Sicher, wir haben schon früher Bevölkerungswachstum und Bevölkerungsdruck erlebt, aber es gab immer Land, das man in Ackerland umwandeln konnte. Sicher, wir mussten auch schon früher eine große Bevölkerung versorgen, doch eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität durch höheren Energieverbrauch und verbesserte Pflanzenzüchtung war immer möglich. Sicher, wir haben auch schon früher mehr Energie benötigt, aber nur wenige Meter unter der Erdoberfläche gab es immer irgendwo ein neues Ölfeld. Sicher, wir haben all diese Zwänge schon früher erfahren. Haben wir sie aber gleichzeitig und als unüberwindbare Grenzen erfahren? Mit Sicherheit nicht. Haben wir jemals gleichzeitig einen derart schwer wiegenden Land- und Energiemangel erlebt und uns mit der realen

2 Die Gefährdung bezieht sich einerseits auf die aktuell hegemonialen kulturellen Lebensformen – also dass schließlich ein Großteil der Menschheit nicht mehr im gewohnten kulturellen Kontext weiter leben könnte und aktuelle Versorgungs- und Sicherungssysteme zusammenbrechen würden –, und andererseits, bei einer größeren Katastrophe, auf die Menschheit insgesamt, da die Lebensgrundlagen für die Menschen auf der Erde komplett zerstört sind.

3 Vgl. hierzu exemplarisch als „Indikator“ die Klima-Katastrophenfilme „The Day after Tomorrow“ (2004; Science Fiction), „2012“ (2009; Science Fiction) und „Eine unbequeme Wahrheit“ (2006; Dokumentarfilm).

Gefahr eines ‚ökologischen Kollapses‘ konfrontiert gesehen? Mit Sicherheit nicht“ (Wallimann/Dobkowski 2013: 30f.). Vor diesem krisenhaften und kritischen Hintergrund entfaltet sich der Diskurs zur Nachhaltigkeit. Auf einer allgemeinen und übergeordneten Ebene lassen sich die Ziele, die mit dem Begriff der Nachhaltigkeit verknüpft werden „wie folgt umreißen:

- Sicherung der menschlichen Existenz
- Bewahrung der globalen ökologischen Ressourcen als physische Lebensgrundlage
- Erhaltung des gesellschaftlichen Produktivpotenzials
- Gewährleistung der Handlungs- und Entwicklungsmöglichkeiten heutiger wie künftiger Generationen *weltweit*“ (Pufé 2014: 18; Herv. PÖ/NT/TH).

Diese generellen Zielsetzungen können als eine Weiterentwicklung von Grundsätzen inter- und intragenerationeller Gerechtigkeit verstanden werden, welche Grunwald/Kopfmüller an folgenden drei Prinzipien festmachen: „Das Prinzip *Conservation of Options* verlangt von jeder Generation, die Vielfalt der natürlichen und kulturellen Ressourcenbasis zu erhalten, um die Wahlmöglichkeiten kommender Generationen bei der Lösung ihrer Probleme und der Verwirklichung ihrer eigenen Werte nicht unangemessen zu beschränken. Das Prinzip *Conservation of Quality* verpflichtet jede Generation, den übernommenen Bestand an natürlichen und kulturellen Ressourcen in keinem schlechteren Zustand weiterzugeben, als sie ihn selbst empfangen hat. Das Prinzip *Conservation of Access* fordert, dass jede Generation ihren Mitgliedern gerechten Zugang

zu dem gemeinsamen Erbe einräumt und diese Zugangsmöglichkeiten für kommende Generationen erhält“ (Grunwald/Kopfmüller 2012: 62; Herv. im Original). In diesen Zielsetzungen und Prinzipien enthalten ist, wie deutlich wird, ein integriertes Verständnis von Nachhaltigkeit, das über die ökologische Dimension hinausreicht und immer auch ökonomische, soziale und kulturelle Aspekte und Ressourcen umfasst. Diese Ziele und Prinzipien dienen zum einen als system- und kontextunabhängige „Prüfkriterien“ um aktuelle Entwicklungen, Entscheidungen, Innovationen, Handlungsstrategien, Projekten etc. besser unter Nachhaltigkeitsaspekten beurteilen zu können, und zum anderen auch „als Leitorientierung für künftige Entwicklungspfade“ (Grunwald/Kopfmüller 2012: 62). Abgeleitet sind diese Prüfkriterien von Nachhaltiger Entwicklung aus der Definition von Nachhaltiger Entwicklung aus dem im Jahr 1987 veröffentlichten Brundtland-Bericht *Our Common Future* unter dem Vorsitz von Gro Harlem Brundtland. Diese Definition lautet in der deutschen Erstübersetzung von Hauff: „Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die gewährleistet, dass künftige Generationen nicht schlechter gestellt sind, ihre Bedürfnisse zu befriedigen, als gegenwärtig lebende“ (Hauff 1987: 46). Der Verdienst des Brundtland-Reportes ist es, „mit seiner Problemanalyse und mit den genannten Grundforderungen weltweit eine breite und intensive Diskussion über geeignete Wege zur Umsetzung nachhaltiger Entwicklung angestoßen zu haben“ (Grunwald/Kopfmüller 2012: 25). Diese Diskussion dauert bis heute fort, weshalb der Brundtland-Bericht auch weiterhin im aktuellen Nachhaltigkeitsdiskurs ein besonders wichtiger Referenzpunkt markiert.

Vor dem Hintergrund dieser theoretischen Konturen einer Nachhaltigen Entwicklung wird in einem nächsten Schritt ein empirisches Forschungsprojekt zu Familiengartengemeinschaften in der Schweiz vorgestellt. Die Darstellung dieses Projektes dient (a) dazu exemplarisch aufzuzeigen,

4 Die Forderung „weltweit“ ist vor allem auch deshalb wichtig, weil Wohlstandsgesellschaften dazu tendieren ihre sozialen und ökologischen Kosten auf andere Teile der Erde auszulagern. Siehe dazu *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis* von Stephan Lessenich (2016).

dass sich auch bei Akteuren wie Gemeinschaften, Vereinigungen und soziale Gruppen, die sich selber nicht auf den Nachhaltigkeitsdiskurs beziehen, Aspekte einer nachhaltigen Praxis finden lassen können, und (b) zu problematisieren, dass und wie es in der städtischen Nachhaltigkeitspolitik in Bezug auf solche nicht per Selbstdefinition nachhaltige Gemeinschaften und Vereinigungen zu Diskrepanzen kommen kann sowie, daran anknüpfend, (c) entwickelnd zu diskutieren, welche Erkenntnisse oder Schlussfolgerungen sich aus diesem „Zusammenspiel“ von städtischer Regierung/Verwaltung und Familiengartengemeinschaften für den Nachhaltigkeitsdiskurs allgemein und die Gestaltung von Prozessen in Richtung Nachhaltige Entwicklung formulieren lassen.

### 3. Familiengartengemeinschaften in der Schweiz – Ort einer nachhaltigen Praxis aus Tradition?

Bevor vertiefter auf das hier dargestellte Forschungsprojekt zu Familiengartengemeinschaften und dessen Ergebnisse eingegangen wird, ist erforderlich kurz darzulegen, was in diesem Beitrag unter Familiengartengemeinschaften bzw. Familiengärten verstanden wird. Familiengärten sind parzellierte Gartenareale, auf denen Einzelpersonen, Paare, Familien und Gruppen als Pächterinnen und Pächter eine räumlich genau definierte und von anderen Parzellen abgegrenzte Gartenparzelle exklusiv zum Gärtnern und um ihre Freizeit dort zu verbringen nutzen können. Bekannt sind Familiengärten im deutschsprachigen Raum auch unter den Termini Kleingärten, Schrebergärten, Freizeitgärten.<sup>5</sup>

Diese in der Folge als traditionelle Gärten bzw. Familiengärten bezeichneten Gärten unterscheiden sich von den zurzeit in vielen Städten im kleinen und großen Maßstab (vom Nachbarschaftsgarten in einer Wohnsiedlung bis zu größeren öffentlichen Anlagen, auf denen auch Gartenerzeugnisse verarbeitet und konsumiert werden können) boomenden Gemeinschaftsgärten. Bei den Gemeinschaftsgärten handelt es sich um einen „neuen“ Typus urbanen Gärtnerns, der mittlerweile zu einer Renaissance des urbanen Gärtnerns und urbaner Landwirtschaft insgesamt geführt hat (Gemüseanbau auf Balkonen, Bienenkästen in Hinterhöfen, Fischzucht auf Flachdächern etc.).<sup>6</sup> Gemeinschaftsgärten unterscheiden sich von Familiengärten vor allem dadurch, dass das jeweilige Gartenareal gemeinsam, als ein Kollektiv kultiviert, bewirtschaftet und genutzt wird und die Mitarbeit im Garten und Nutzung des Areals nicht an eine formale Mitgliedschaft (zum Beispiel in einem Verein) gebunden ist. Im Vordergrund steht das Miteinander, das gemeinsame Gestalten und Erleben des einen, gemeinsamen Gartens. Im Gegensatz dazu ist bei den Familiengärten klar geregelt, wer welche Parzelle nutzt und exklusiv nutzen darf. Dabei ist die Nutzung der Parzelle an eine formale Mitgliedschaft im jeweiligen Familiengartenverein gebunden. Im Zentrum steht hier die individuelle Nutzung der gepachteten „eigenen“ Gartenparzelle auf einem größeren Areal mit vielen voneinander abgegrenzten Gartenparzellen. Obwohl die Gartenparzellen voneinander abgegrenzt sind, ergeben sich über die räumliche Nähe, das Neben- und Miteinander auf einem größeren gemeinsamen Areal sowie der Zugehörigkeit zu einem Verein, der das

stimmte Gruppen wie Flüchtlinge oder Armutsbetroffene pachten).

5 Wir übernehmen für diesen Artikel ebenfalls den Terminus „Familiengarten“, da dies der in der Schweiz üblichen und offiziellen Bezeichnung dieses Gartentypus entspricht, selbst wenn die Gartenparzellen längst nicht mehr nur von „Familien“ gepachtet und genutzt werden (z.B. gibt es soziale Organisationen die stellvertretend Parzellen für be-

6 Als eine wichtige Inspiration zur Entstehung der Gemeinschaftsgärten gelten die in den 1970er Jahren in den Vereinigten Staaten von Amerika in verarmten Quartieren initiierten „community gardening“-Projekte, die teils auch mit der Absicht gestartet wurden, die Lebensbedingungen der ansässigen Bevölkerung zu verbessern.

Areal verwaltet, in diesen Familiengartenarealen Vergemeinschaftungsprozesse, die rechtfertigen, auch im Zusammenhang von Familiengärten von Gemeinschaften zu sprechen, wenngleich bei deren Bezeichnung der Begriff Gemeinschaft nicht explizit enthalten ist. Ein Beleg dafür, dass Familiengärten in der Regel jedoch wenig unter der Perspektive von Gemeinschaftlichkeit – und in der Regel auch wenig unter der Perspektive Nachhaltigkeit – betrachtet werden, ist, dass es bisher kaum forschungsbasiertes Wissen zum Thema Gemeinschaften in Familiengärten gibt, obwohl die Familiengärten im deutschsprachigen Raum als Gartenkolonien am Stadtrand eine lange Tradition haben, die bis in das 19. Jahrhundert zurückreicht.

Völlig anders verhält es sich dagegen mit der Forschung zu den erst seit etwa den 1990er Jahren bei uns im Entstehen begriffenen Gemeinschaftsgärten. Untersucht und beschrieben werden hier etwa die Bildung von Sozialkapital oder die Vergemeinschaftungsformen in Gemeinschaftsgärten (vgl. dazu u.a. von Certome 2011, Firth et al. 2011, Müller 2002 u. 2011 und Rosol 2004). Diese große Resonanz in der Forschung hat maßgeblich dazu beigetragen, in den letzten Jahren das (positive) Bild von den „sozialen“ und „nachhaltigen“ *Gemeinschaftsgärten* zu prägen – dies nicht zuletzt in Abgrenzung zu den „traditionellen“ Familiengärten. Zwar gibt es auch wissenschaftliche Studien zu den traditionellen Familien- oder Kleingärten, doch untersuchen diese primär die individuellen Motive eine Gartenparzelle zu pachten (vgl. Müller 2011, Buhtz et al. 2008, Appel et al. 2011), die positive Wirkungen der Gartenarbeit auf die psychische und physische Gesundheit (Wanner/Martens 2009, Bauer/Martens 2010) sowie die wichtige integrative Funktion der Gärten, insbesondere auch für (Migrations-)Gruppen mit einem niedrigen Einkommen (Appel et al. 2011). Wenig diskutiert wird hingegen, wie diese klassischen Familiengärten als Gemeinschaften organisiert sind und welche

Strukturen und Prozesse dabei eine wichtige Rolle spielen. Hierzu gibt es kaum forschungsbasiertes Wissen.

Diese konstatierte Wissenslücke – also wie Familiengartengemeinschaften als Gemeinschaften „funktionieren“ und wie sich die Lebenswelt der Familiengartenareale ethnographisch-soziologisch beschreiben lässt – war der Ausgangspunkt, um den herum ein zweijähriges Forschungsprojekt mit dem Namen *Allotment Garden Communities and their contribution to neighbourhood development* im Jahr 2014 ausgearbeitet und nach der Zusicherung der Finanzierung<sup>7</sup> von 2015 bis 2017 realisiert werden konnte. Empirische Grundlage dieser ethnographisch konzipierten Feldstudie waren je ein Familiengarten in Basel („Familiengartenverein Dreispitz“) und in Bern („Familiengartenverein Bern Südwest“, Areal Schlossgut). Im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses standen dabei die Fragen, (a) wie sich Familiengartengemeinschaften vergemeinschaften, (b) wie sie – im Rahmen einer demokratischen Vereins- und Organisationsstruktur – mit innerem und äußerem Wandel, Veränderungen und Konflikten umgehen und (c) welchen Beitrag Familiengärten für die angrenzende Nachbarschaft oder auch das umliegende Quartier und dessen Entwicklung leisten. Um auf diese Fragen passende Antworten zu finden, hielt sich das Forschungsteam regelmäßig in der Lebenswelt der Familiengartengemeinschaften auf. Dieser in dieser Studie gewählte ethnographische Zugang<sup>8</sup> ermöglichte zum einen die Alltagspraxis

7 Das Projekt wurde vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) der Schweizerischen Eidgenossenschaft finanziert und war Teil der europäischen COST Action TU1201 „Urban Allotment Gardens in European Cities – Future, Challenges and Lessons Learned“ (für weitere Informationen zu dieser COST-Action siehe: <http://www.urbanallotments.eu/>).

8 Eine ausführliche Darstellung und Diskussion des methodischen Vorgehens in dieser Studie findet sich in dem Beitrag *Familiengartengemeinschaften im Wandel. Zur Ethnographie der Wirklichkeit sozialräumlicher Gemeinschaften* (Thomas/Oehler/Huber, i.E.).

der Vergemeinschaftung in den Familiengärten-arealen zu beobachten, zum anderen aber auch, mit den Gärtnerinnen und Gärtnern auf vielfältige Art und Weise – sei dies an formellen Anlässen wie zum Beispiel an einer Vereinssitzung oder bei einer spontanen Einladung über den Gartenhag zu einem Bier – ins Gespräch zu kommen. So erfuhren wir nicht nur etwas über die geteilte Lebenswelt dieser beiden Familiengartengemeinschaften, sondern darüber hinaus auch etwas über die Bedeutung der gepachteten Gärten für die einzelnen Gärtnerinnen und Gärtnern. Methodisch wurde bei diesen Aufenthalten im Feld vor allem mit nicht-teilnehmender Beobachtung, Alltagsgesprächen und Feldnotizen gearbeitet, die anschließend dokumentiert, unter Einbezug der Wahrnehmungen der Betrachterinnen und Betrachter reflektiert und im Forschungsteam besprochen bzw. ausgewertet und interpretiert wurden. Außerdem wurden auch relevante Dokumente wie z.B. Statuten, Gartenordnungen, Vereinsberichte, Zeitungsberichte und andere Artefakte gesammelt und ausgewertet, Leitfadenterviews mit den Vorständen der jeweiligen Vereine und Fachpersonen aus dem umgebenden Quartier und den städtischen Verwaltungen geführt, Begehungen mit den Vorständen gemacht, Personen aus der angrenzenden Nachbarschaft mit kurzen ad-hoc-Straßeninterviews befragt sowie Jahresversammlungen und Verbandsanlässe der Familiengartencommunity in der Schweiz besucht. Aus dieser Erhebung und Analyse, bei denen wir uns am Forschungsparadigma der Grounded Theory (Glaser/Strauss 2017) und der lebensweltanalytischen Ethnographie (vgl. z.B. Hitzler/Eisewicht 2016) orientierten, konnte schließlich eine „dichte Beschreibung“ (Geertz 1987) generiert werden die Aussagen darüber macht, wie Familiengartengemeinschaften als soziale Gemeinschaften „funktionieren“ und organisiert sind. Zwei zentrale Forschungsergebnisse (eines zur Gemeinschaftsbildung und eines zur Bedeutung

des Vorstands in Familiengartengemeinschaften) werden hier kurz umrissen, bevor dann die thematische Verbindung zur Nachhaltigen Entwicklung hergestellt und die Frage aufgegriffen wird, inwiefern bei Familiengartengemeinschaften von einer nachhaltigen Praxis gesprochen werden kann.

### *Zwei zentrale Forschungsergebnisse zu Familiengartengemeinschaften*

Die erste wichtige Erkenntnis aus den ethnographischen Erkundungen in den Familiengartenarealen ist, dass sich Vergemeinschaftungsprozesse in Familiengartengemeinschaften vor allem über die *gemeinsame Praxis der Kultivierung und Nutzung einer „eigenen“ Gartenparzelle* vollziehen. Diese je individuelle und zugleich kollektive Praxis beruht auf weitgehend miteinander geteilten und kompatiblen Interessen und Werten sowie auf einem bestimmten Regelwerk und einer klaren räumlichen Umgrenzung (sowohl auf Ebene des gesamten Areals als auch der einzelnen Parzelle), welche diese Praxis fundiert, bestärkt, rahmt und schützt. Gleichzeitig bildet diese Alltagspraxis des Gärtnerns und Freizeitverbringens in einem Familiengarten wiederum den gemeinsamen Bezugspunkt bzw. den kleinsten gemeinsamen Nenner, welcher eine Identifikation mit dieser Gemeinschaft ermöglicht. Durch das Zusammenwirken dieser (gemeinschaftsbildenden) Praxis-Komponenten ergibt sich die Vergemeinschaftung quasi wie beiläufig als Begleitprozess oder Ergebnis über das Gärtnern, das im Vordergrund steht. Obwohl der gemeinschaftliche Aspekt nicht im Zentrum steht, stellt er gleichwohl ein bedeutender Faktor dar, der zum Gärtnern in Familiengärten dazugehört und ohne den ein Gärtnern in dieser Form und in so einem sozialräumlich-kulturellen Kontext (finanziell, örtlich, sozialkulturell etc.) auch individuell nicht realisiert werden kann.

In dem Versuch zu rekonstruieren, wie diese Alltagspraxis des Gärtnerns mit dem Gemein-

schaftsbildungsprozess zusammenhängt und die relevanten wirksam werdenden Dimensionen zu beschreiben, haben wir vier Kategorien oder „Realitäten“ herausgearbeitet, welche in der alltäglichen Praxis des Gärtners in Familiengärten – als geteilte Erfahrung – erfahrbar und in ihrer Wechselwirkung zur Grundlage der Vergemeinschaftung in Familiengartengemeinschaften werden. Diese vier miteinander verwobenen „Realitäten“ sind die räumliche, die organisationale, die praktische und die symbolische Realität. Die *räumliche Realität* besteht darin, dass alle Pächterinnen und Pächter über eine selber gestaltbare Parzelle verfügen, die ähnlich groß ist und die sich auf einem gemeinsamen Areal befindet, das umgrenzt ist und die Gemeinschaft nach außen abgrenzt und nach innen begründet. Eine Quartierbewohnerin beschreibt diesen Aspekt der räumlichen Strukturierung durch Grenzen wie folgt: „Die Gartenareale sind gegenüber dem Quartier oder der Nachbarparzelle abgezaunt (...). Es ist wie ein Privatgarten oder Privatpark, der unterteilt ist“. Die Praxis des Gärtners findet in Familiengärten also in sowohl von der Innen- als auch der Außenperspektive wahrgenommenen abgegrenzten – und zugleich transparenten – Räumen statt.

Die *organisationale Realität* zeigt sich in der Mitgliedschaft der Pächterinnen und Pächter in dem jeweiligen Gartenverein. Die Mitgliedschaft in dem Verein ist Voraussetzung um eine Gartenparzelle pachten zu können. Familiengartengemeinschaften konstituieren sich also zu einem wesentlichen Teil auf einer formalen Ebene, nämlich als eine Organisations- und Rechtsgemeinschaft. Mit dieser Zugehörigkeit zum Verein sind nicht nur (Nutzungs-)Rechte verbunden, sondern auch Pflichten. So sind die Pächterinnen und Pächter etwa verpflichtet, sich an die von Stadtverwaltung und eigenem Verein formulierten Regelwerke (z.B. Gartenordnung) zu halten, die innerhalb der Gartengemeinschaften für alle gleich verbindlich sind und eine gemein-

same (soziale) Ordnung festlegen. Regelwerke gibt es vor allem hinsichtlich der Gartenpflege und Bepflanzung (z.B. biologischer Gartenbau und Gehölzpflege) sowie der Bauten und Einrichtungen (z.B. Gartenhaus und Wasserleitungen). Eine Mitarbeiterin einer städtischen Verwaltung charakterisiert die in den Familiengärten geltende Gartenordnung, in welcher das Regelwerk niedergeschrieben ist, so: „Es ist eine sehr engmaschige Familiengartenordnung (...). (S)o viele Freiheiten hat man überhaupt nicht, was das Bautechnische angeht (...). Man hat Grenzabstände, Höhen und Tiefen. Man ist allerdings relativ frei in dem, dass man pflanzen darf, was man will“. Zu diesem Aspekt kann festgehalten werden, dass es für die Praxis des Gärtners und den Umgang mit der baulichen Infrastruktur sowie deren Gestaltung, ein dichtes und schriftlich ausformuliertes Regelwerk für die Mitglieder der Gartengemeinschaft gibt, das auch öffentlich, also über die Gartengemeinschaft hinaus, einsehbar ist. Für die Organisation der Familiengartengemeinschaften ist die Gartenordnung als ordnungstiftendes Element – gerade auch im Sinne von sozialer respektive ausgehandelter Ordnung – von maßgebender Bedeutung. Beaufsichtigt wird diese Ordnung vom Vereinsvorstand, der sich ebenfalls aus Gärtnerinnen und Gärtnern zusammensetzt, und die zusätzlich zu ihrer Gartenarbeit auch noch als Vereinsvorstand und ausführendes Organ der Gartengemeinschaft fungieren. Gewählt wird der Vorstand demokratisch von den Pächterinnen und Pächter an der Jahresversammlung des Familiengartenvereins.

Die *praktische Realität* konstituiert sich dadurch, dass alle Pächterinnen und Pächter auf ihrer Parzelle gärtnerisch aktiv sind (Anbau von Nutz- und Zierpflanzen zum Eigenbedarf), diese Parzelle und das darauf stehende Gartenhaus<sup>9</sup> jedoch zugleich auch als Freizeit- und Erholungsort nutzen,

9 Die Gartenhäuser auf den Parzellen werden jeweils privat gebaut respektive in den meisten Fällen von den vorherigen Pächterinnen und Pächter gegen Bezahlung übernommen.

um sich von der Arbeit oder anderen Belastungen zu regenerieren (Rückzugsort, Erholung) sowie um ihre sozialen Kontakte und Beziehungen (Geselligkeit) zu pflegen. Eine interviewte Gärtnerin führt dazu aus: „Also für uns ist es einfach ein Erholungsding. Du hast da Ruhe und kannst dich entfalten, indem du wieder mal was Anderes anpflanzt oder wieder Mal was umbaut. (...). Und wenn du mal nicht arbeiten magst, dann gehst du halt mal zu jemanden ein bisschen schwatzen“. Die Praxis der Gärtnerns beinhaltet in sich also ganz unterschiedliche (miteinander geteilte) Modi wie zum Beispiel Rückzug, Entfaltung, Ausruhen und sozialer Austausch.

Schließlich, und daraus ergibt sich die *symbolische Realität*, haben das Familiengartenareal und die „eigenen“ Parzellen für alle Gärtnerinnen und Gärtner jeweils eine besondere subjektive Bedeutung, welche die Gärten zu einem für sie individuell sehr wertvollen Ort macht. Die Parzelle und das Gartenhaus werden zu einem selbstbestimmten Raum, der nach den eigenen Vorstellungen (im Rahmen der bestehenden Gartenordnung) kreativ gestaltet werden kann. Daraus ergeben sich z.T. sehr persönliche und oft jahrzehntelange Beziehungen zu diesem Raum. Die Parzellen werden zu wichtigen Bezugspunkten und Konstanten der eigenen Biographie und Identität der Gärtnerinnen und Gärtner. Ein älteres gärtnerndes Ehepaar beispielsweise bringt aus ihren Wanderurlauben Naturandenken mit, welche sie in ihren Garten platzieren: „Im Urlaub sammeln wir Steine. Wir sind im Bündnerland und nehmen von dort immer Wurzeln und Steine, Affenbäumchen und Lärchenbäumchen mit. (...) Und es ist eigentlich schön, im Garten kann jeder sein eigenes Ding haben, so wie er das haben möchte“. Dieses sinn- und identitätsstiftende Moment des Gärtners ist sehr stark subjektiv geprägt, was sich nicht zuletzt auch auf materialisierter Ebene in der unterschiedlichen Ausgestaltung der jeweiligen Gartenparzellen (Gartenzwerge, Insektenhotel, Gartencheminée etc.) zum Ausdruck kommt.

Während die erste hier dargelegte Erkenntnis die Alltagspraxis des Gärtnerns als Basis der Vergemeinschaftung in den Mittelpunkt rückt, fokussiert die zweite hier skizzierte Erkenntnis mehr die organisatorische Ebene, nämlich den besonderen Stellenwert des Vorstandes innerhalb der als Familiengartenvereine organisierten Familiengartengemeinschaften.

Die zweite wichtige Erkenntnis ist, *dass der jeweilige Vorstand der Familiengartenvereine als ausführendes Organ für die Bildung und Erneuerung der Familiengartengemeinschaften sowie deren Funktionsweise und Kultur, ein besonders wichtiges Moment darstellt*. Der Vorstand ist Ansprechpartner für die städtische Verwaltung, welche die Areale (die in der Regel im städtischen Grundbesitz sind) zur Verwaltung und zweckgebundenen Nutzung an die jeweiligen Gartenvereine abgibt. Gleichzeitig vertritt der Vorstand die Gemeinschaft nach außen und indirekt auch die Verwaltung nach innen, und vermittelt so zwischen den Vorgaben der Stadt (Gartenordnung, Verpachtung einer Zelle gemäß Warteliste etc.) und den individuellen und kollektiven Anliegen der Pächterinnen und Pächter. Damit liegt ein großer Teil der Verantwortung für das Funktionieren der Areale beim Vorstand, der gleichermaßen eine intermediäre (zwischen Stadtverwaltung und Gartengemeinschaft) als auch parteiliche, der Gartengemeinschaft verpflichtete Position einnimmt, was sehr anspruchsvoll ist. Ein interviewtes Vorstandsmitglied beschreibt diese doppelte Rolle und die damit verbundene Herausforderung, relativ wenig Spielraum bei der Ausgestaltung der Regeln zu haben, mit folgenden Worten: „Die Ordnung wird von der Stadtgärtnerei, also von einer höheren Instanz, vorgegeben. Die sagen ganz klar; so muss es sein. Die haben wahrscheinlich auch von der Stadt (...) die Verordnung erhalten, so müsst ihr es machen, so geht es weiter. Da können wir eigentlich gar nicht mehr großartig Einfluss nehmen. Also wir können die Verordnung ein bisschen

dehnen, ein wenig größer bauen zum Beispiel, oder wir können auch darauf beharren. Das Tomatenhäuschen ist zwei Meter 20 und nicht zwei Meter 21. Punkt! Das ist das Höchstmaß, weiter geht es nicht. Und so gesehen, wir könnten höchstens die Begriffe ein bisschen dehnen aber großartig selber etwas erlassen können wir nicht. Wir sind an die Stadtgärtnerei gebunden“. Auf der einen Seite ist der Vorstand also dafür verantwortlich, dass die von der Verwaltung vorgegebenen als auch die möglicherweise von dem einzelnen Verein zusätzlich selber eingeführten Regeln als Rahmen, innerhalb dessen die Gärtnerinnen und Gärtner ihren individuellen Bedürfnissen nachgehen und sich frei entfalten können, bekannt gemacht und eingehalten werden (z.B. Größe der Gartenhäuser, räumlich Ausdehnung von Pflanzen, Umgang mit gemeinschaftlichen Anlagen, naturnahes Gärtnern etc.). Auf der anderen Seite vertritt der Vorstand aber auch den Gartenverein nach außen, wenn von Politik, Verwaltung oder anderen Akteurinnen und Akteuren Maßnahmen und Projekte geplant werden, welche das bisherige Dasein der Freizeitgartengemeinschaften stören oder gefährden. Zudem sucht der Vorstand mit den Beteiligten nach Lösungen, wenn es innerhalb der Gemeinschaft zu Konflikten kommt und trägt so zum friedlichen Miteinander auf dem Familiengartenareal bei. Insofern kommt dem Vorstand für das „Funktionieren“ der auf der Basis eines Vereins weitgehend selbstverwaltet funktionierenden Familiengartengemeinschaften eine Schlüsselrolle zu.

### *Zur Nachhaltigkeit von Familiengartengemeinschaften*

Nach diesen beiden allgemeinen Aspekten zur Grundlage von Vergemeinschaftung in den Familiengartengemeinschaften und zur hohen Relevanz des Vorstands für das „Funktionieren“ dieser Vereine und Gemeinschaften wird nun die, zumindest nach unserem Wissen, bisher im Fach-

diskurs zur Nachhaltigkeit kaum thematisierte Frage aufgegriffen, inwiefern bei Familiengartengemeinschaften – auch stellvertretend für andere traditionelle Gemeinschaften und Zusammenschlüsse – von einer nachhaltigen individuellen und kollektiven Praxis, die durch ein *organisations-kulturelles System* (Klatetzki 1993)<sup>10</sup> gestützt wird, gesprochen werden kann. Dazu wird nochmals in Erinnerung gerufen, welches Verständnis von Nachhaltigkeit diesem Vorhaben zugrunde liegt. In Anlehnung an Pufé (2014: 18) zielt eine Nachhaltige Entwicklung auf die Bewahrung der menschlichen Existenz, die Bewahrung der ökologischen Ressourcen, die Bewahrung des gesellschaftlichen Produktivpotenzials sowie – wie dies besonders im Brundtland-Bericht erstmals deutlich formuliert wurde – die Gewährleistung der Handlungs- und Entwicklungsmöglichkeiten heutiger wie zukünftiger Generationen, und das weltweit. Ein integriertes Verständnis von Nachhaltigkeit umfasst neben den ökologischen immer auch ökonomische, soziale und kulturelle Dimensionen und Ressourcen.

Pächterinnen und Pächter von Familiengärten sind verpflichtet ihre Parzellen umweltschonend bzw. naturnah oder biologisch zu bewirtschaften. Mit der Orientierung an dieser Norm helfen sie mit, die ökologischen Ressourcen zu bewahren und zu regenerieren.<sup>11</sup> In der Stadt Bern be-

10 Beim Beispiel der Familiengartengemeinschaften wird diese Kultur der Nachhaltigkeit durch die Vereinsstruktur, also eine formale und zugleich demokratische Organisationsform, die auf Mitgliedschaft beruht sowie das Organ des Vereinsvorstandes strukturell gestützt. In dem Sinne kann bei Familiengartengemeinschaften von einem zivilgesellschaftlichen, nicht professionalisiertem „organisations-kulturellem System“ (Klatetzki 1993) gesprochen werden.

11 Zu diesem Zweck hat der Schweizer Familiengärtnerverband eine Broschüre mit dem Titel *Familiengärten, naturnah gepflegt* herausgegeben (Müller/Becherer/Kammermann 2010). Dass diese Norm einer naturnahen bzw. biologischen Bewirtschaftung der Gartenparzellen nicht immer vollständig umgesetzt wird und noch verbessert werden kann, wird in der Studie *Familiengärten – Biogärten: Ansätze zur Förderung der Ökologisierung städtischer Flächen* von Jahrl et al. (2015) problematisiert.

deutet „naturnah“ etwa schonend mit Boden und Wasser umzugehen, auf geeignete Mischkulturen zu achten, auf genmanipuliertes Saatgut zu verzichten, statt exotische einheimische Pflanzen anzupflanzen, Düngemittel ausgewogen einzusetzen, Gartenabfälle fachgerecht zu kompostieren sowie tierische „Nützlinge“ zu fördern und „Schädlinge“ bzw. Pflanzenkrankheiten natürlich zu regulieren (Stadt Bern o.J.). Auf dieser Grundlage tragen Familiengärten zur Biodiversität im urbanen Siedlungsraum bei. Familiengartenareale sind immer auch ökologische Lebensräume für Menschen, Tiere und Pflanzen, außerdem leisten Familiengartenareale einen wichtigen Beitrag zu einem guten ökologischen Klima in den Städten.

Ein anderer ökologische Ressourcen schonender Aspekt der Familiengartenareale ist ihre Funktion als Produktionsort lokaler, saisonaler, naturnaher pflanzlicher Lebensmittel, die zudem lokal untereinander verteilt und konsumiert werden. „Nebenan, da ist eine türkische Familie. (...) Die geben immer wieder, wenn sie etwas gekocht haben, etwas rüber, wir geben ihnen auch etwas, wir geben ihnen Setzlinge“, beschreibt ein Gärtner den Lebensmitteltausch mit seinen Nachbarn.

In Familiengärten werden qualitativ hochwertige, gesunde und am eigenen Bedarf orientierte Nahrungsmittel erzeugt, die eine in vieler Hinsicht sinnvolle Alternative und Ergänzung zur (industriellen) Massenproduktion von Nahrungsmitteln bilden, da letztere oft auf langen, die Umwelt belastenden Transportwegen (via Flugzeug, Schiff, Lastwagen) zu uns kommen, und energieaufwändig und in großen Monokulturen produziert werden, die sowohl in ökologischer als auch sozialer Hinsicht oft problematisch sind. Im Unterschied dazu sind Familiengartenareale lokal (kurze Wege), weitgehend autofrei und die Gartenparzellen erfordern von den Pächterinnen und Pächtern von Frühling bis Herbst für die Bewirtschaftung so viel Zeit, dass ein Großteil

der Freizeit dafür aufgewendet und ergo nicht mit weiten Reisen oder anderen viele Ressourcen verbrauchenden Tätigkeiten verbracht wird. Eine interviewte Gärtnerin betont: „Die viele Arbeit, die dahinter steckt, das überfordert je nachdem auch viele. Man kann nicht nur am Wochenende, schnell, schnell die Arbeit erledigen“. Ist man aber bereit, seine Zeit in den Garten zu investieren, bedeutet der Garten vor allem auch für einkommensschwache Personen mit Kindern eine nachhaltige, vor allem kostengünstige Form, Freizeit zu gestalten. Ein interviewter Vater sagt dazu: „Das Freizeitvergnügen mit Kindern (...) das kostet dann auch immer, es ist immer eine Kostenfrage. Und im Garten kannst du einigermaßen das finanzielle im Rahmen drin behalten. Und doch ist das Kind draußen an der frischen Luft, es kann was machen, selbstständig. Auch etwas anpflanzen, wenn es will“.

Insofern regt das Gärtnern in Familiengartenarealen wie nebenbei einen Lebensstil an, der ebenfalls zur Schonung der natürlichen Ressourcen beiträgt – insbesondere, wenn durch die mit dem Familiengartenleben verbundene meist vermehrte Grillaktivitäten in den Gärten nicht zu einer großen Zunahme des Konsums von Fleisch führt, was den Verbrauch der natürlichen Ressourcen auf anderer Ebene wieder steigern würde.

Ergänzend zur Nahrungsmittelproduktion und -konsumation sind Familiengärten aber auch Orte der Erholung, der Regeneration und der kreativen Selbstbetätigung, aber auch des Austauschs und der Weitergabe von Wissen sowie gegenseitiger Hilfe in gärtnerischen sowie auch in anderen Belangen, was letztlich alles Beiträge zur Erhaltung des individuellen und gesellschaftlichen Produktivpotenzials sind. Es gibt wahrscheinlich wenig andere Hobbys und sonstige Lebensbereiche bei denen Freizeit und naturnahe Subsistenzwirtschaft sowie die Pflege sozialer Kontakte so nahe miteinander verbunden sind, und so ungezwungen ein Austausch zwischen verschiedenen

sozialen Gruppen und über Sprachbarrieren hinweg stattfinden kann. Eine interviewte Gärtnerin dazu: „Du hilfst [einander] untereinander. Du fragst deine Nachbarn, ich gehe in den Urlaub, kannst du mir den Rasen gießen?“. Ein anderer Gärtner: „Ich bin ja dort oben, und wir haben da ein Irrsinnsverhältnis unter uns. Oder auch mit den älteren Italienern die wir haben, oder auch jetzt da diese jungen Portugiesen vorne. Man fängt an miteinander zu sprechen. Er kann nicht gut Deutsch, ich kann kein Wort Portugiesisch, dann kommt er ein bisschen mit Italienisch raus, das verstehe ich wieder. Und der eine der da ist, den verstehe ich ganz (...) wir reden dann über die Pflanzen und wie man die anpflanzt“.

Nicht vergessen werden sollten aber auch die sozialpolitischen, einen sozialen Ausgleich innerhalb der Gesellschaft bewirkenden, und die bildenden Aspekte von Familiengärten; und damit ihr Bezug zur sozialen Dimension von Nachhaltigkeit und zur Idee der Demokratie. Bereits die in den 1860er Jahren von Ernst Hausschild in Leipzig gegründeten ersten „Schrebergärten“ waren nämlich als Rückzugsorte für die „kleinen Leute“ in den wachsenden Industriestädten gedacht. Die Arbeiterfamilien sollten sich dort nach schwerer Arbeit gemeinsam erholen können. Mit dem Wachstum der Städte nahm der Druck auf die Pachtpreise der Parzellen laufend zu. Deshalb erließ die verfassungsgebende Versammlung der Weimarer Republik 1919 eine Kleingartenordnung, welche u.a. das preiswerte Gartenland der Familiengärten für die arbeitende Bevölkerung erschwinglich halten und sichern sollte. Damit wurden die Familiengartenareale als ein fester Bestandteil der ersten deutschen Demokratie und Sozialpolitik begriffen (WDR 2004). Familiengärten waren also von Beginn an als Kompensationsorte für Familien aus der Arbeiterschicht gedacht, als Orte, wo die Menschen engen Wohnverhältnissen entfliehen und ergänzend zum Lohn mit dem Eigenanbau von Pflanzen ihre Existenz selbstversorgend sichern und Krisenmomente in

Selbsthilfe überbrücken konnten. Dieser soziale und solidarische Grundgedanke ist auch heute noch in der Verwaltung der Familiengartenareale verankert, in dem sie aus finanzieller Sicht immer noch relativ leicht zugänglich sind, also auch für Personengruppen mit einem niedrigen Einkommen bis jetzt erschwinglich geblieben sind, obwohl mit der aktuellen Nachverdichtung der Städte diese „Garantie“ mit der Zeit zunehmend zur Disposition stehen dürfte. Diese elementare soziale Funktion würde durch eine Auflösung bestehender Gärten, welche den Konkurrenzdruck erhöht, oder eine andere Preispolitik, in dem die Stadt beginnen würde die Gärten als eine neue Einkommensquelle umzufunktionieren, ausgehebelt – was gerade angesichts der Verknappung und der Verteuerung des Wohnraumangebots in den Städten für die bisherigen Pächterinnen- und Pächter-Gruppen gravierend wäre. Die neuen viel gelobten *Gemeinschaftsgärten* sind hier, zumindest ist das unsere Beobachtung, aus sozialpolitischer Sicht keine wirkliche Alternative, da sie aufgrund ihrer informellen bzw. postmodernen Organisationsform und Kultur<sup>12</sup> ganz andere soziale Milieus (Studierende, bewegte Mittelschicht, Alt-68er) anziehen als die traditionellen Familiengärten (Handwerkerinnen und Handwerker, Hausfrauen und -männer, Personen ohne akademischen Abschluss, viele Menschen mit Migrationshintergrund, Pensionierte). Denn der Großteil der Gärtnerinnen und Gärtner in den traditionellen Familiengärten schätzt gerade die formalisierte, klare und geordnete Struktur der Familiengartenvereine mit der „eigenen“ Parzelle auf gemeinsamem Grund. Ein interviewter Stakeholder des Basler Familiengartenverbandes, der selbst auch Kleingärtner ist, beschreibt die beiden unterschiedlichen Gartenformen, mit denen

12 Ein Versuch die postmodernen Tendenzen der gegenwärtigen Gesellschaft – besonders auch im Hinblick auf Gemeinschaften und Vergemeinschaftungsprozesse – genauer zu beschreiben, findet sich in dem Buch *Die Zeit kehrt wieder: Lob der Postmoderne* von Michel Maffesoli (2014).

auch unterschiedliche Kulturen des Gärtners mit einhergehen, aus seiner Warte folgendermaßen: „Ich behaupte jetzt mal diese Leute [in den Gemeinschaftsgärten] wollen keinen Rahmen. Wenn ich Zeit habe, dann komm ich, wenn ich keine Zeit habe, dann komm ich nicht und dann fängt auch das gleich an mit dem Unkraut und der Einfachheit halber sagt man das sei kein Unkraut (...). Aber wenn dann das alles überwächst, dann reklamieren die anderen nebenan. Also prinzipiell wollen ja beide eigentlich das Selbe, behaupte ich. Einfach das eine hat klare Strukturen“. Es kann also davon ausgegangen werden, dass unterschiedliche Gartenformen unterschiedliche Menschen ansprechen und deshalb aus städtischer Perspektive eine Strategie der (vernetzten) Koexistenz im Hinblick auf unterschiedliche Gartenformen verfolgt werden sollte.

Auch aus ökonomischer Sicht gibt es, solange es genügend Nachwuchs für die Vorstände der Vereine gibt, für die Stadtverwaltung keinen plausiblen Grund Familiengartenareale mehr zu professionalisieren oder sie vermehrt einer Marktlogik zu unterwerfen. Denn diese funktionieren durch das Prinzip der lokalen und ehrenamtlichen Selbstverwaltung durch die Vereine, bereits sehr kostensparend. Müsste diese Arbeit, welche jetzt von einem ehrenamtlichen Vorstand geleistet wird von Fachpersonen gegen bezahlte Arbeit übernommen werden, würde dies sofort viel mehr Kosten hervorrufen und wahrscheinlich auch weniger effizient sein, da die Vereinsvorstände, die immer auch Pächterinnen und Pächter von Parzellen sind, als „Ihresgleichen“ bei den Gärtnerinnen und Gärtnern eine hohe Akzeptanz genießen und daher ihre „Interventionen“ ohne großen Aufwand das gewünschte Ergebnis erzielen. Außerdem ist aus der Allmendeforschung von Elinor Ostrom, die 2009 mit dem Alfred-Nobel-Gedächtnispreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnet wurde, bekannt, dass eine lokale selbstverwaltete Kooperation der Betroffenen, wie sie bei der demokratischen

Verwaltungsstruktur der Gartenvereine vorliegt, in vielen Fällen einer staatlichen Kontrolle oder einem privatisierten Modell überlegen ist, wenn es um eine nachhaltige Verwaltung und Bewirtschaftung von lokalen Allmenderessourcen geht (Ostrom 1999).<sup>13</sup> Diese Selbstverwaltungspraxis der Gartenareale hat nebenbei den Effekt, dass über die Partizipation an dieser Vereinsstruktur, was eine demokratische Organisationsform ist, implizit auch demokratische Grundüberzeugungen und Praktiken weiter vermittelt werden, was insbesondere für neue Gärtnerinnen und Gärtnern, die mit einer demokratischen Kultur noch nicht so vertraut sind, ein interessantes Lern- und Übungsfeld sein kann. Überhaupt sind Familiengärten Orte des Lernens, Orte der informellen Bildung, wo viel Wissen (vor allem auch zum naturnahen und biologischen Gärtnern, aber auch wie man mit Konflikten friedlich umgehen kann oder was es in unterschiedlichen Haushalten und Kulturen für Speisen gibt) ausgetauscht und weitergegeben wird. Ein Gärtner erzählt in einem Interview dazu eine kleine Anekdote: „Ich habe bei mir im Garten immer dasselbe Unkraut, das ich zupfe. Da kam vor zwei Jahren ein Türkischer Mitgärtner und meinte: *Was machst du mit dem?* –Wegwerfen! – *Nein, das ist gut für Salat!* –Was? –*Ja.* Dann hat er gesagt: *Darf ich das nehmen?* Dann habe ich gesagt: Ja, nimm. Du kannst jeden Tag kommen. Nimm was du willst“.

13 Als Grundlage einer gelingenden, langfristigen und stabilen lokalen Selbstverwaltung von Allmenden durch Betroffene bzw. Nutzende nennt Ostrom folgende Prinzipien, die sich in weitgehender Übereinstimmung auch in der Selbstverwaltungspraxis der Familiengartenvereine und ihrer -areale wiederfinden lassen: „Klar definierte Grenzen“, „Kongruenz zwischen Aneignungs- und Bereitstellungsregeln und lokalen Bedingungen“, „Arrangements für kollektive Entscheidungen“, „Überwachung [der Regeln; Anm. P.O./N.T./T.H.]“, „Abgestufte Sanktionen“, „Konfliktlösungsmechanismen“, „Minimale Anerkennung des Organisationsrechts [d.h. dass die Selbstverwaltung der Allmende durch übergeordnete Verwaltungs- und/oder Regierungsstellen anerkannt wird; Anm. P.O./N.T./T.H.]“ und „Eingebettete Unternehmen [in großen Verwaltungsstrukturen finden sich gleichfalls kleinere Organisationseinheiten im Sinne einer polyzentrischen Governance; Anm. P.O./N.T./T.H.] (Ostrom 1999: 118ff.)

Ein ebenfalls bemerkenswertes Charakteristikum von Familiengartengemeinschaften ist die selbstverständliche Mehrgenerationalität. Oftmals sind Familien über mehrere Generationen auf einem Gartenareal als Pächterinnen und Pächter oder zumindest als regelmäßig wiederkehrende Gäste im Garten vertreten. Gerade auch für Kinder und ihre (Groß-)Eltern scheint der Garten ein wertvoller Erfahrungsraum zu sein. Eine Gärtnerin sagt im Gespräch zu ihrem erwachsenen, ebenfalls gärtnernden Sohn: „Das siehst du ja jetzt selber wie speziell ein Garten für ein Kind ist. Und auch wie sie [seine Tochter; Anm. P.O./N.T/T.H.] aufwächst. Sie konnte es kaum erwarten diesen Frühling: *Oma, kann ich jetzt ein Loch graben und etwas anpflanzen?* Also sie bekommt etwas Tolles mit, das habe ich schon mit meinen Kindern mitbekommen, wie sie mit der Natur aufwachsen“.

Auch wird der gepachtete Garten oftmals, wenn möglich, innerhalb der eigenen Familie weiter gegeben. Die nächste Generation ist allgegenwärtig, auch wenn dies zunächst nur einmal innerhalb der eigenen Familie oder Gemeinschaft und noch nicht im weltweiten Maßstab gedacht wird. Andererseits kann in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, dass die Familiengartenbewegung eine europaweite bzw. weltweite Bewegung geworden ist, die zwar an der Basis wenig miteinander in einem Austausch steht, in der es aber trotzdem viele Ähnlichkeiten in der Praxis vor Ort gibt, auch wenn die lokale Richtigkeit in den Vereinen stets berücksichtigt wird.

Vor diesem Hintergrund erweist sich das Konzept der Familiengärten, wie es vor über 150 Jahren ins Leben gerufen wurde, als äußerst stabil, durch verschiedene gesellschaftliche Entwicklungen, Trends und Krisen hindurch. Die Leitidee und die Grundstrukturen blieben erhalten, selbst wenn immer wieder neue Facetten dazu gekommen sind. In jüngster Zeit etwa, dass es in den Arealen

„Flüchtlingsgärten“ gibt, die Organisationen für Flüchtlinge gepachtet haben, damit diese gärtnern können, oder dass neue junge Gruppen die Familiengärten für sich als Freizeitorde entdecken, diese aber als ein Kollektiv und nicht als eine Familie pachten und dort dann auch versuchen neue Formen des Gärtnerns (wie z.B. „Permakultur“) zu etablieren. Dass diese Neuerungen von den traditionellen Familiengärtnerinnen und -gärtnern teilweise auch kritisch beurteilt werden, illustriert folgende Äußerung eines Gärtners: „Wir haben ein Areal gehabt, da hatten wir eine Dame, die *urban agriculture* Mitglied war. Und wenn du den Garten angeschaut hast, war er einfach überwuchert (...) für mich wäre es jetzt Unkraut gewesen und, ihr hatte man angedroht zu kündigen, wenn sie den Garten nicht in Ordnung brächte. Sie machte dann Holztäfelchen, wo sie hingeschrieben hatte das ist Schilf sowieso und das ist das Kräutchen sowieso – klar, jedes Kraut hat einen Namen und so weiter. Auf jeden Fall hat sie gefunden sie mache einen auf *urban agriculture*“.

Über solche Reibungspunkte, die sich aus der Konfrontation neuen Ideen und Elementen ergeben, wird dann auch offensichtlich, dass das Thema der Nachhaltigen Entwicklung von den Familiengartengemeinschaften bisher eher unbeachtet geblieben ist, und dies obwohl Familiengartengemeinschaften eine in vielerlei Hinsicht nachhaltige Praxis bereits ganz alltäglich „leben“. Der springende Punkt ist, dass sie dabei nicht auf den Begriff der Nachhaltigkeit rekurren. Sie handeln „nachhaltig“, weil sie es so gewohnt sind, weil „man“ es in den Familiengärten eben so macht – auch ohne Nachhaltigkeitsdiskurs: „Ich sage das jetzt als normaler Arbeiter, ich habe nie studiert und so weiter (...), ich behaupte mein Garten ist biologisch. Ich habe ihn jetzt seit 1999 und (...) ich habe noch nie irgendetwas gespritzt, ich habe noch nie einen Dünger genommen, überhaupt nicht.“

Der Referenzpunkt „Nachhaltige Entwicklung“ spielt im Familiengartenalltag keine entscheidende Rolle. Die Konsequenz daraus, dass das Nachhaltigkeitsvokabular dort nicht gebraucht wird, ist jedoch, dass die bestehende nachhaltige Praxis der Familiengartenvereine kaum anerkannt wird; sie werden in der Öffentlichkeit nicht als Bewegung einer Nachhaltigen Entwicklung wahrgenommen. Würden sie sich hingegen vermehrt auf diesen Diskurs beziehen, könnten sie dadurch ihr antiquiertes Image abstreifen. Überdies weisen die traditionellen Familiengärten als soziale Modelle zwei Qualitäten auf, welche die neuen explizit nachhaltigen Projekte in vielen Fällen erst noch entwickeln und beweisen müssen. Die erste Qualität ist die zeitliche Stabilität, die zweite, die soziale Breite: Familiengartengemeinschaften sind zeitlich gesehen extrem stabil. Sie bestehen fort und funktionieren weiter, auch wenn die Pionierinnen und Pioniere längst abgetreten sind. Familiengartengemeinschaften haben Strukturen herausgebildet, welche über mehrere biographische Phasen und gesellschaftliche Generationen hinweg in ihren Grundzügen standhalten. Ob die neuen Gemeinschaftsgärten diese Qualität auch entwickeln werden, wird von einem interviewten Familiengärtner bezweifelt: „Da ist ein Student, der ist zwei, drei Jahre hier, interessiert sich für das, macht auch etwas und dann geht er, ist vielleicht sogar noch federführend, und dann geht er – geht er irgendwie nach Hamburg oder weiss Gott wo hin, und dann ist kein Neuer da. Und dann geht alles wieder den Bach ab“.

Die überlieferten Strukturen der Familiengärten sind letztlich nicht personenabhängig und bieten einen Rahmen innerhalb dessen sich die Gemeinschaft immer wieder wandeln kann. Auf der anderen Seite sind die Familiengartenvereine aber auch ein Modell, das eine breite Bevölkerungsschicht anzusprechen vermag; gerade auch die Gruppen, die nicht besonders reformfreudig sind. Familiengärten sprechen mit ihrer Nachhaltigkeit also auch nicht-avantgardistische Gruppen

an und regen diese, eher en passant, zu einem nachhaltigeren Lebensstil an.

Die Kehrseite dieser Robustheit ist allerdings, dass das bewahrende Moment in der organisationalen Identität sehr stark verwurzelt ist und aus den Familiengartenvereinen kaum Impulse für einen bewussten strategischen und zukunftsgeleiteten Transformationsprozess kommen. Familiengartengemeinschaften passen sich der Zeit bedächtig an. Sie wollen eigentlich keine große Veränderung, sondern weiterhin das machen, was sie jetzt bereits und schon seit Langem tun. Das heißt, sie bewegen sich gedanklich sehr wenig auf einer transformativen Ebene, insbesondere nicht auf einer die über ihr Areal hinausgeht und im Sinne eines sozialen Wandels in die gesellschaftliche Entwicklung eingreifen und diese gestalten will. Aufgrund dieser bisher stark kultivierten Selbstbegrenzung ist nicht zu vermuten, dass die Familiengartenvereine von sich aus den Kontakt und die Kooperation mit anderen Akteuren suchen, die sich für eine Nachhaltige Entwicklung einsetzen.

Eine Transformation in Richtung einer Nachhaltigen Entwicklung kann nur gelingen, wenn sie sowohl von Top-down als auch Bottom-Up ange-regt wird und diese beiden Kräfte auch kooperativ oder ko-produktiv zusammenfinden. Umso wichtiger wäre es daher, dass die städtischen Regierungen und Verwaltungen als offizielle und per Recht definierte „Hüterinnen“ des Themas, die notwendige Verantwortung übernehmen und von sich aus auf die Familiengartenvereine und ähnliche Akteurinnen und Akteure zugehen und sie – freiwillig – in die Bewegung einbeziehen, mit ihnen in einen partnerschaftlichen Dialog treten. Denn gerade mit diesen kulturellen Aspekten des gegenseitigen Lernens der eingeübten demokratischen Praxis haben Familiengartengemeinschaften im Prinzip sehr gute Voraussetzungen, um am Diskurs einer Nachhaltigen Entwicklung anzuschließen. Die Verwaltung

und ihre Fachpersonen könnten dabei unterstützend sein, die bereits vorhandenen nachhaltigen Praktiken zu explizieren und gemeinsam mit den Gemeinschaften zu überlegen, wie diese noch weiter entwickelt und gefördert werden könnten. Damit würden die Familiengartengemeinschaften auf umsichtige Art und Weise an einen aktuellen Diskurs, der mit dem Alltag dieser Gemeinschaften viel zu tun hat, herangeführt. Und nur dann kann eine nachhaltige Praxis erfolgreich sein, wenn sie im Alltag verankert und zugleich bewusst ist, wenn sie zu einer Erfahrung wird. Und damit nachhaltige Entwicklung zu einer Erfahrung werden kann, braucht es Demokratie und Dialog! Diese Schlussfolgerung, dass Nachhaltige Entwicklung, verstanden als ein Prozess, durch den sich Menschen einer (vorübergehenden) Lösung bestimmter gesellschaftlicher Probleme experimentell annähern, gleichbedeutend mit Demokratie und Dialog ist, ist auf der Basis der Auseinandersetzung mit traditionellen Familiengartengemeinschaften entstanden und an diesem Beispiel auch illustriert worden. Im folgenden Kapitel wird nun der hier vertretene Standpunkt wieder von dem empirischen Bezugspunkt, von dem aus das Argument entwickelt wurde – den Familiengartengemeinschaften – losgelöst und für die Frage der Nachhaltigen Entwicklung allgemein weiter erläutert. Leitend dabei ist die Demokratietheorie von John Dewey, einem der wichtigsten Theoretiker des Pragmatismus und des *pragmatic turns* in der Wissenschaft.

#### 4. Nachhaltige Entwicklung im Dialog demokratisch gestalten

Die Frage, wie anspruchsvolle Konzepte wie das der Nachhaltigen Entwicklung in der alltäglichen Praxis von Menschen eine Bedeutung gewinnen und zu einer reflektierten Praxis, zu einer Erfah-

rung<sup>14</sup> werden können, verweist u.a. auf die zwei Themen Demokratie und Dialog. Dabei gilt es Nachhaltige Entwicklung zuerst einmal als einen dynamischen, zukunfts-offenen, konflikthaften<sup>15</sup> gesellschaftlichen Transformationsprozess zu begreifen, der wiederkehrend und demokratisch, d.h. unter Teilhabe der Betroffenen, austariert werden muss. Da der Inhalt und die Struktur dieses Transformationsprozesses nur *on the way* in Form von ausgehandelten Ordnungen immer wieder neu genauer bestimmt werden kann, ist dieser Prozess überhaupt nur als individueller und kollektiver Lernprozess denk- und gestaltbar (es sei denn, es wird dabei auf autoritäre Konzepte wie eine Nachhaltigkeitsdiktatur zurückgegriffen, was aber der heutigen Lesart von Nachhaltigkeit grundlegend widersprechen würde). In Gang gesetzt werden solche Lernprozesse vor allem dann, wenn Probleme auftauchen, bei denen die bisherigen bewährten Problemlösungsstrategien versagen. Um auf solche zunächst ausweglos

14 Der Philosoph und Pädagoge John Dewey (1859-1952), der sich viel mit dem Zusammenhang von Erfahrung, Lernen, Demokratie und gesellschaftlicher Transformation auseinandergesetzt hat, nennt zwei Aspekte, welche die Qualität einer Erfahrung maßgeblich bestimmen: „Der erste ist, ob die Erfahrung angenehm oder unangenehm ist, der zweite, welchen Einfluss [d.h. welche Wirkung; Anm. P.O./N.T./T.H.] eine Erfahrung auf spätere Erfahrungen hat“ (Dewey 2002, S. 236). Der zweite Aspekt weist auf die bildende Dimension einer Erfahrung hin, welche einen Einfluss auf die weitere Lebensgestaltung entfalten kann. In dem Sinne ist Erfahrung dann bildend, wenn sie zu einem Zuwachs an Bedeutung führt, d.h. wenn durch diese Erfahrung neue Beziehungen und Wechselwirkungen zwischen einer (eigenen) Tätigkeit und der Umwelt erkannt werden, und dadurch die Fähigkeit zunimmt, den Verlauf einer folgenden Erfahrung vorausschauend zu beeinflussen.

15 Die Konflikthaftigkeit dieses Prozesses ergibt sich allein schon aus der Tatsache, dass das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung bei den meisten Akteurinnen und Akteuren zwar auf eine grundsätzlich große Akzeptanz stößt, dass aber gleichzeitig, sobald es darum geht aus diesem vielversprechend klingenden Konzept konkrete Maßnahmen abzuleiten und eine Verhaltensänderung zu erwirken, die verschiedenen Interessen konflikthaft kollidieren. Die große Idee wird geteilt, doch wenn es darum geht, sich selber neu zu beschränken, sind die meisten zunächst darauf bedacht, ihre bisherigen Einkommensquellen, Privilegien und Errungenschaften zu sichern und eine primär als Einschränkung empfundene Veränderung des Verhaltens zu umgehen (Pufé 2014: 21).

scheinenden Situationen Erfolg versprechend reagieren zu können, braucht es einen experimentellen Lernprozess, der so tiefgreifend ist, dass er auch eine „Veränderung, Erweiterung, Transformation oder Überwindung“ bisheriger (Welt-) Deutungen und Praktiken miteinschließt (Jaeggi 2014: 342). „[D]ie beste und rationalste Methode, gesellschaftliche Veränderungen und Konflikte zu meistern“ (Jaeggi 2014: 344), schreibt Jaeggi bezugnehmend auf Dewey, ist diese in Form von demokratischen Lernprozessen zu lösen, da dieser Problemlösungsmodus Bedingungen moderner pluraler, sich schnell wandelnder, demokratischer und krisenanfälliger Gesellschaften am meisten entspricht. Lösungen heutiger und in Zukunft auftretender Probleme sind, aufgrund der Komplexität und Dynamik moderner Gesellschaften, immer mehr nur noch experimentell-lernend, an konkret auftretenden Problemen erprobend, findbar (Jaeggi 2014: 394). Diese Konstellation gilt insbesondere auch für das Problem einer Praxis Nachhaltiger Entwicklung. Da es sich bei Nachhaltigkeitsproblemen um gesellschaftliche Probleme handelt, sind deshalb möglichst viele gesellschaftliche Gruppen in die experimentellen Lern- und Problemlösungsprozesse miteinzubeziehen, um die Intelligenz möglichst vieler Akteurinnen und Akteure zu nutzen. Wie Dewey (1996) herausstellt – und mit ihm Honneth (1993) und Krüger (2000) –, ist dieser offene Miteinbezug, diese breite Teilhabe an gesellschaftlichen Problemlösungsprozessen, gleichbedeutend mit Demokratie. So betrachtet, ist Demokratie der Versuch einer Gesellschaft, die auftretenden Probleme kooperativ, partizipativ, experimentell und kreativ, im dialogischen Zusammenwirken verschiedener Akteurinnen und Akteure, als eine öffentliche Aufgabe, zu lösen (bei Dewey: Expertinnen und Expertinnen in Kooperation mit Bürgerinnen und Bürgern). Voraussetzung für so eine demokratische Herangehensweise ist das Vertrauen in die Kreativität sowie die Lern- und Urteilsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger.

Demokratie kann formale Abstimmungen und Wahlen, aber ebenso, und das wird hier besonders betont, einen bestimmten Modus der Lösung gesellschaftlicher Probleme bedeuten (Oehler 2013). Demokratie geht über formale Strukturen und Instrumente hinaus. Demokratie bezeichnet letztlich eine Form des sozialen Umgangs miteinander, die auf einem Dialog aufbaut (Demokratie als Lebensform). Dewey formuliert dies so: „Das Problem der Beschaffung schöpferischer und sich verbreitender Intelligenz kann nur in dem Grade gelöst werden, in dem das lokale Gemeinschaftsleben Wirklichkeit wird. Zeichen und Symbole, Sprache, sind Mittel der Kommunikation, durch die eine brüderlich<sup>16</sup> geteilte Erfahrung erworben und erhalten wird. Aber die geflügelten Worte des Gesprächs, welche im unmittelbaren Verkehr miteinander geäußert werden, haben eine belebende Wirkung, die den starren und leidenschaftslosen Wörtern der Schriftsprache fehlt. Die systematische und kontinuierliche Untersuchung aller die Assoziation beeinflussenden Bedingungen und ihre gedruckte Verbreitung sind eine Voraussetzung für die Erzeugung einer wirklichen Öffentlichkeit. Aber sie und ihre Ergebnisse sind am Ende doch nur Werkzeuge. Ihre letzte Wirklichkeit erlangen sie in den Beziehungen von Angesicht zu Angesicht durch ein direktes Geben und Nehmen. In ihrer Vollendung kehrt die Logik zu ihrem einfachen Sinn zurück: zum Dialog“ (Dewey 1996: 180). Über einen Dialog zwischen Regierung, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürger (oder bestehenden Gruppen und Gemeinschaften) sowie Wissenschaft, welche systematisches Wissen bzw. neues Wissen wieder systematisiert und präzisiert, kann nicht nur verhindert werden, dass das „Gemeinwohl“ und Nachhaltige Entwicklung gegeneinander ausge-

16 Brüderlich im Sinne der aus der Französischen Revolution hervorgegangenen Trias von Liberté (Freiheit), Égalité (Gleichheit) und Fraternité (Brüderlichkeit), die heute oftmals durch Freiheit, Gleichheit und Solidarität (üb-jersetzt wird).

spielt werden (Weidner 2002), sondern es können auch neue Experimentierräume in bestehenden Gemeinschaften wie den Familiengartengemeinschaften eröffnet oder neue transdisziplinäre Arrangements wie das „Reallabor 131“ (Parodi et al. 2016) gestartet werden, die untersuchen und explorativ herausfinden, wie Nachhaltigkeit kleinräumig real, unter Einbezug der Zivilgesellschaft, umgesetzt werden kann. Als demokratischer und kritischer<sup>17</sup> Dialog gedeutet wird das Konzept Nachhaltige Entwicklung zu einem Gegenstand, zu einem Erkenntnisprozess, bei dem der Dualismus von Theorie und Praxis aufgehoben wird. Nachhaltige Entwicklung ist dann weder beliebig, noch technokratisch oder praxisfern, sondern verwurzelt in der jetzigen Realität, von der aus ausgelotet wird, aus einer erst im Entstehen begriffenen Zukunft heraus zu handeln (Grunwald 2016: 58ff., Scharmer 2013).

## 5. Resümee

Ausgangspunkt dieses Beitrages war der Befund einer Kluft zwischen Nachhaltigkeit als Anspruch und einer diesem Anspruch nicht gerecht werdenden soziale Praxis, die sich vielerorts be-

obachten lässt. Die Empirie des in dem Beitrag kurz umrissenen Forschungsprojektes zu Familiengartengemeinschaften regte uns dazu an, die Diskrepanz von Nachhaltigkeit und sozialer Praxis auf eine neue Art zu interpretieren. Deshalb liegt der Fokus dieses Beitrages nicht darauf auszuführen, wie eine soziale Praxis vom formulierten Anspruch der Nachhaltigkeit abweicht. Vielmehr versuchten wir deutlich zu machen, dass die Verständigung darüber, was eine nachhaltige Praxis ist und was nicht, in einem Dialog mit den entsprechenden Gruppen erfolgen sollte. Am Beispiel von Familiengartengemeinschaften lässt sich nämlich aufzeigen, dass auch der Fall eintritt, dass eine soziale Praxis bereits weitgehend nachhaltig ist, diese aber von den entscheidenden Akteuren nicht als solche wahrgenommen wird und deshalb auch nicht dem Anspruch genügt. Dieser Widerspruch weist auf die Notwendigkeit hin, über den Zusammenhang von Nachhaltigkeit als Anspruch und soziale Praxis mehr als bisher aus der Perspektive der Praxis nachzudenken und damit, zumindest gedanklich, einen pragmatischen Turn zu vollziehen. Dies würde der Tendenz, Nachhaltigkeit als ein theoretisches Konzept zu verstehen, das in der Praxis umgesetzt werden muss, eine pragmatistische Perspektive und Vorgehensweise gegenüberstellen, bei der Erkenntnis und Handlung bzw. Theorie und Praxis als wechselseitiger dialogischer Prozess begriffen werden. Dies unterläuft auch die arbeitsteilige Trennung und Hierarchisierung von Expert\*innen und Adressat\*innen bzw. Praktiker\*innen und zielt auf eine demokratische Kooperation von Akteuren. Dies bedeutet, radikal gedacht, Nachhaltigkeit – inklusive der Verständigung darüber was Nachhaltigkeit ist – als einen diskursiven kreativen Prozess zu verstehen, der jedoch im Zweifelsfalle von den verantwortlichen Akteuren aus Regierung und Verwaltung angeregt und am Laufen gehalten werden muss. So wäre es möglich die Semantik und das Bewusstsein für Nachhaltigkeit besser in die verschiedenen Lebenswelten hinein-

17 Dass Demokratie immer auch Kritik und Transformation des Gesetzten beinhaltet, hat Adorno wie folgt formuliert: „Kritik ist aller Demokratie wesentlich. Nicht nur verlangt Demokratie Freiheit zur Kritik und bedarf kritischer Impulse. Sie wird durch Kritik geradezu definiert. Man mag das historisch einfach daran sich vergegenwärtigen, dass die Konzeption der Gewaltenteilung, auf der von Locke über Montesquieu und die amerikanische Verfassung bis heute alle Demokratie beruht, an Kritik ihren Lebensnerv hat. Das System of checks and balances, die wechselseitige Kontrolle der Exekutive, der Legislative und der Judikatur, sagt so viel, dass jeweils die eine dieser Gewalten an der anderen Kritik übt und dadurch die Willkür einschränkt, zu der eine jegliche, ohne jenes kritische Element, tendiert. Mit der Voraussetzung von Demokratie, Mündigkeit, gehört Kritik zusammen. Mündig ist der, der für sich selbst spricht, weil er für sich selbst gedacht hat und nicht bloß nachredet; der nicht bevormundet wird. Das erweist sich aber in der Kraft zum Widerstand gegen vorgegebene Meinungen und, in eins damit, auch gegen nun einmal vorhandene Institutionen, gegen alles bloß gesetzte, das mit seinem Dasein sich rechtfertigt“ (Adorno 2003, S. 785).

zutragen und gleichzeitig die bereits vorhandenen nachhaltigen Praktiken in diesen Lebenswelten wahrzunehmen und die damit verbundenen dort noch brach liegenden Nachhaltigkeitspotenziale besser und in größerer gesellschaftlicher Breite zu entfalten – über avantgardistische Gruppen hinaus. Daraus lässt sich als Fazit die Schlussfolgerung ziehen, dass der direkten dialogischen Kommunikation, dem Aufbau von Beziehungen über Subsysteme hinweg, dem Respekt vor bisherigen Praktiken sowie der ernst gemeinten Partizipation und dem gemeinsamen Lernen, also den „weichen“ Faktoren, bei der Verwirklichung einer nachhaltigen Gesellschaft eine zentrale Rolle zukommt.

## Literatur- und Quellenverzeichnis

- Adorno, Theodor W. (2003): Kritik. In: Adorno, Theodor W.: Kulturkritik und Gesellschaft II. Eingriffe/Stichworte. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 785-793.
- Appel, Ilka/Grebe, Christina/Spitthöver, Maria (2011): Aktuelle Garteninitiativen. Kleingärten und neue Gärten in deutschen Großstädten. Kassel: University Press.
- Bauer, Nicole/Martens, Dörte (2010): Die Bedeutung der Landschaft für die menschliche Gesundheit – Ergebnisse neuester Untersuchungen der WSL. Landschaftsqualität. Konzepte, Indikatoren und Datengrundlagen. In: Forum für Wissen 2010, S. 43-51.
- Bernstein, Richard J. (2010): The Pragmatic Turn. Cambridge: Polity Press.
- Bühlmann, Lukas et al. (2013): Einführung in die Raumplanung. Bern: VLP-ASPAN.
- Buhtz, Martina/Lindner, Margit/Gerth, Heike (2008): Städtebauliche, ökologische und soziale Bedeutung des Kleingartenwesens. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung: Forschungen Heft 133.
- Certome, Chiara (2011): Critical urban gardening as a post-environmentalist practice. In: Local Environment: The International Journal of Justice and Sustainability. Vol. 16/10, S. 977-987.
- Dewey, John (2002): Erfahrung und Erziehung. In: Dewey, John: Pädagogische Aufsätze und Abhandlungen (1900-1944). Zürich: Pestalozzianum, S. 227-281.
- Dewey, John (1996): Die Öffentlichkeit und ihre Probleme. Bodenheim: Philo Verlagsgesellschaft.
- Dewey, John (1995): Erfahrung und Natur. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Drilling, Matthias/Schnur, Olaf (2012): Nachhaltige Quartiersentwicklung – einführende Anmerkungen. In: Drilling, Matthias/Schnur, Olaf (Hrsg.): Nachhaltige Quartiersentwicklung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11-42.
- Firth, Chris/Maye, Damian/Pearson, David (2011): Developing “community” in community gardens. In: Local environment: The International Journal of Justice and Sustainability. 16/6, S. 555-568.
- Geertz, Clifford (1987): Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Glaser, Barney G./ Strauss, Anselm L. (2017): The Discovery of Grounded Theory. New York: Routledge.
- Grunwald, Armin (2016): Nachhaltigkeit verstehen. Arbeiten an der Bedeutung nachhaltiger Entwicklung. München: oekom Verlag.
- Grunwald, Armin/Kopfmüller, Jürgen (2012): Nachhaltigkeit. Eine Einführung. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Hauff, Volker (1987): Unsere gemeinsame Zukunft – Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Grevén: Eggenkamp.
- Hitzler, Ronald/Eisewicht, Paul (2016) Lebensweltanalytische Ethnographie – im

- Anschluss an Anne Honer. Weinheim: Beltz Juventa.
- Honneth, Axel (1993): Demokratie als reflexive Kooperation. John Dewey und die Demokratietheorie der Gegenwart. In: Brunkhorst, Hauke/Niesen, Peter (Hrsg.): Das Recht der Republik. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 35-65.
- Jaeggi, Rahel (2014): Kritik von Lebensformen. Berlin: Suhrkamp.
- Jahrl, Ingrid et al. (2015): Familiengärten – Biogärten: Ansätze zur Förderung der Ökologisierung städtischer Flächen. Schlussbericht. Frick: Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) Schweiz.
- Klatetzki, Thomas (1993): Wissen, was man tut. Professionalität als organisationskulturelles System. Eine ethnographische Interpretation. Bielefeld: Böllert, KT-Verlag.
- Kocher, Barbara (2016): Verankerung und Förderung der nachhaltigen Entwicklung in den Schweizer Kantonen. Bern: Eigenverlag Amt für Umweltkoordination und Energie des Kantons Bern.
- Krüger, Hans-Peter (2000): Prozesse der öffentlichen Untersuchung. Zum Potential einer zweiten Modernisierung in John Deweys "Logic. The Theory of Inquiry". In: Joas, Hans (Hrsg.): Philosophie der Demokratie. Beiträge zum Werk von John Dewey. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 194-234.
- Lessenich, Stephan (2016): Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. Berlin: Hanser.
- Maffesoli, Michel (2014): Die Zeit kehrt wieder: Lob der Postmoderne. Berlin: Matthes & Seitz.
- Müller, Christa (2011): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. München: oekom Verlag.
- Müller, Christa (2002): Wurzeln schlagen in der Fremde. Die internationalen Gärten und ihre Bedeutung für Integrationsprozesse. München: ökom Verlag.
- Müller, Claudia/Becherer, Hansjörg/Kammermann, Stefan (2010): Familiengärten, naturnah gepflegt. Biel: Schweizerischer Familiengartenverband.
- Oehler, Patrick (2013): Das Abenteuer der Demokratie – Zur Rekonstruktion einer demokratischen Sozialen Arbeit. In: Geisen, Thomas et al. (Hrsg.): Soziale Arbeit und Demokratie. Wiesbaden: Springer VS, S. 101-119.
- Ostrom, Elinor (1999): Die Verfassung der Allmende. Jenseits von Staat und Markt. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Pape, Helmut (2008): Charles S. Peirce (1839-1883), William James (1842-1910) und John Dewey (1859-1952). In: Höffe, Otfried (Hrsg.): Klassiker der Philosophie. Zweiter Band. Von Immanuel Kant bis John Rawls. München: C. H. Beck, S. 157-179.
- Parodi, Oliver et al. (2016): Das Konzept „Reallabor“ schärfen. Ein Zwischenruf des Reallabor 131: KIT findet Stadt. In Gaia: Ökologische Perspektiven in Natur-, Geistes- und Wirtschaftswissenschaften, Nr. 4/2016, S. 284-285
- Präsidialdepartement des Kantons Basel-Stadt (PD), Kantons- und Stadtentwicklung (2016): Grundlagenpapier „Was ist eigentlich urbane Agrikultur?“. Basel: Eigenverlag Kantons- und Stadtentwicklung Basel-Stadt.
- Pufé, Iris (2014): Nachhaltigkeit. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Rosol, Marit (2004): Community Gardens in Berlin und nordamerikanischen Großstädten – „Grüne Oasen“ durch informelle Arbeit? In: Manning, Stephan/ Mayer, Margit (eds.): Praktiken informeller Ökonomie: Explorative Studien aus deutschen und nordamerikanischen Städten. Berlin: Arbeitspapier Nr. 2 der Abteilung Politik

- des John-F.-Kennedy-Instituts der Freien Universität Berlin, S. 35-53.
- Scharmer, Otto C. (2013): Theorie U – Von der Zukunft her führen. Precensing als soziale Technik. Heidelberg: Carl-Auer-Systeme.
- Schubert, Axel (2012): Von den Verengungsgefahren nachhaltigen Mainstreamings zum planungstheoretischen Erfordernis der Emanzipation. Nachhaltigkeitskritik und das Beispiel der Entwicklungsplanung Dreispitz (Basel-Münchenstein). In: Drilling, Matthias/Schnur, Olaf (Hrsg.), Nachhaltige Quartiersentwicklung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 69 – 93.
- Stadt Bern (o.J.): Naturnahes Gärtnern. Online: <http://www.bern.ch/themen/freizeit-und-sport/gartnern-in-der-stadt/familiengarten/naturnahes-gaertnern> [Zugriff: 19.02.2017].
- Thomas, Nicola (2016): Reclaiming the Right to the Green City: Aktuelle urbane Grünraumbewegungen in Basel. In: Oehler, Patrick/Thomas, Nicola/Drilling, Matthias (Hrsg.): Soziale Arbeit in der unternehmerischen Stadt. Kontexte, Programmatiken, Ausblicke. Wiesbaden: Springer VS, S. 109-128.
- Thomas, Nicola/Oehler, Patrick/Frei, Patricia (2014): Der Landhof bleibt grün!? Die Auseinandersetzung um Raumwerte in der unternehmerischen Stadt am Beispiel des Landhofareals in Basel (Schweiz). In: Schnur, Olaf/Drilling, Matthias/Niermann, Oliver (Hrsg.): Zwischen Lebenswelt und Renditeobjekt. Quartiere als Wohn- und Investitionsorte. Wiesbaden: Springer VS, S. 123-142.
- Thomas, Nicola/Oehler, Patrick/Huber, Timo (im Erscheinen): Familiengartengemeinschaften im Wandel. Zur Ethnographie der Wirklichkeit sozialräumlicher Gemeinschaften. In: Wintzer, Jeannine (Hrsg.): Sozialraum erforschen. Qualitative Methoden in der Geographie. Bern: Haupt Verlag, 25-38.
- Wanner, Matthias/Martens, Dörte (2009): Gartenbau, Gemeinschaft und Integration: der Interkulturelle Garten in Zürich. In: KBNL Inside, Vol. 4, S. 25-30.
- WDR (Westdeutscher Rundfunk 1) (2004): Stichtag: 31. Juli 2004 – Vor 85 Jahren: Die deutsche Kleingartenordnung wird erlassen. Online: <http://www1.wdr.de/stichtag/stichtag596.html> [Zugriff: 19.02.2017].
- Weidner, Helmut (2002): Gemeinwohl und Nachhaltigkeit – ein prekäres Verhältnis. Discussion Paper FS II 02-303. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.